

Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Nr. 189.

Dresden, Freitag den 16. August 1907.

18. Jahrg.

Ein Stück Blockpolitik.

Als vor fast zwei Jahren der Gesetzentwurf gegen die freien Hilfskassen erschien, hieß es, daß jetzt der Plan für die Reform der gesamten Arbeiterversicherung fertig sei. Das schien auch ohne weiteres selbstverständlich zu sein. Die freien Hilfskassen gehören zu der Arbeiterversicherung. Daher konnte doch nicht gut mit der Reform der Hilfskassen, also eines Teiles der Arbeiterversicherung, begonnen werden, bevor die Grundzüge für die Reform der gesamten Arbeiterversicherung festgelegt sind. Inzwischen hat es sich aber herausgestellt, daß die Herren im Reichsamt des Innern noch nicht so weit waren. Die erste Lesung der Vorlage gegen die freien Hilfskassen ergab auch, daß selbst die bürgerlichen Parteien zum Teil sich nicht mit dem arbeiterfeindlichen Inhalt der Vorlage befreunden konnten. Bekanntlich geht der Gesetzentwurf gegen die freien Hilfskassen dahin, daß die Kassen der Vormundschaft der Behörden unterstellt werden sollen, daß also den Arbeitern der letzte Rest ihrer Selbstverwaltung entzogen wird. Diese Vergewaltigung der Arbeiter wollte zunächst selbst einigen bürgerlichen Sozialpolitikern nicht einleuchten. In der Reichstagskommission jedoch fielen die Herren bereits um und stimmten bis auf den letzten Mann der Regierungsvorlage zu.

Rue gab es aber noch eine Meinungsverschiedenheit unter den bürgerlichen Sozialpolitikern. Wie unseren Lesern einmütlich sein wird, verlangen die Kesseltöpfe, daß die Selbstverwaltung der Arbeiter in ihren Krankenkassen namentlich in bezug auf die Regelung des ärztlichen Dienstes aufgehoben und die „freie“ Arztwahl nach dem Willen der Kesseltöpfe allen Klassen durch Gesetz vorgeföhren werden soll.

Hiermit waren die „liberalen“ Kesseltöpfe nicht einverstanden. Sie wollten vielmehr die „freie“ Arztwahl durch „freie“ Vereinbarung mit den Krankenkassen erreichen. So erklärte der bekannte freisinnige Abgeordnete Dr. Mugdan im Reichstage am 26. Januar 1904: „Ich wünsche keine gesetzliche Festlegung der freien Arztwahl, die vielmehr überhaupt keine Einmischung der Behörden.“ Und am 8. März 1905 berief er sich im Reichstage von neuem darauf, daß er die gesetzliche Einführung der freien Arztwahl verwerfe.

Nach dem diesjährigen Deutschen Vergeltetage dagegen, dessen „liberaler“ Protokoll jetzt erschienen ist, hat ein „liberaler“ Wortführer der Kesseltöpfe, Dr. Winter, folgende Erklärung abgegeben:

„Ich war früher — und habe das auch auf dem Vergeltetage ausgesprochen — ein Gegner der gesetzlichen Einführung der freien Arztwahl. Ich habe als politisch entschieden liberaler Mann mit gefogt die Selbstverwaltung der Kassen geht über alles, und wenn die Kassenvorstände einmal in ihrer Mehrheit auf demokratischer Basis gewählt, sagen, sie wollen nur so behandelt sein, so muß man sich fügen. Ich habe mich darin auch geäußert, wie eine große Anzahl von bürgerlichen Politikern. Wie hat sich die Sache schließlich entwickelt? Ich habe, wie gefogt, mit vielen meiner Freunde die Selbstverwaltung der Kassen in den Vordergrund gestellt. Aber es hat sich schließlich gezeigt, daß dabei diejenigen, für welche die Gesetzgebung eigentlich geschaffen ist, den Verfasserten, in vielen Fällen das Recht, im Falle der Not, des Elends und der Krankheit, sich an den Arzt ihres Vertrauens zu wenden, genommen wird.“

Die Begeisterung des „politisch entschieden liberalen Mannes“ für „das Menschenrecht“, im Falle der Not, des Elends und der Krankheit sich an den Arzt ihres Vertrauens zu wenden, ist nichts als ein Spiel mit Worten. Weder Herr Dr. Winter noch ein anderer seiner „entschieden liberalen“ Freunde denken daran, mit der sogenannten freien Arztwahl dieses „Menschenrecht“ den Arbeitern einzuräumen. Sie sehen es vielmehr als selbstverständlich an, daß dieses „Menschenrecht“ von dem Willen eines jeden einzelnen Arztes abhängig bleibt. Sobald es einem Arzte aus irgend einem Grunde, vielleicht weil der Herr dank der Empfehlungen seiner Kassenpatienten genug „vornehme“ Kunden bekommen hat, aber reich genug ist, um auf die Kassenpraxis von Anfang an verzichten zu können, nicht beivest, sich zu der Behandlung von Kassenpatienten herabzulassen, dann können die Arbeiter auch bei der freien Arztwahl sich an diesen Arzt doch nicht wenden, selbst wenn sie gerade zu ihm allein das nötige Vertrauen haben. Denn von einer unbeschränkten freien Arztwahl, d. h. also davon, daß jeder Arzt zur Behandlung des Kassenpatienten, der zu ihm Vertrauen hat, verpflichtet sein soll, wollen die Kesseltöpfe nichts wissen. Der Eifer der Kesseltöpfe für die freie Arztwahl geht nur so weit, wie es nötig ist, um die Krankenkassen zu Versorgungsanstalten für diejenigen Kesseltöpfe zu machen, die nicht genug „vornehme“ Kunden haben. Dagegen ist bei dem System der fest angestellten Kesseltöpfe die freie Arztwahl so weit durchgeföhrt worden, wie es mit dem Recht der Arbeiter auf eine möglichst gute Pflege für die Zeit der Krankheit vereinbar ist. Es handelt sich also in Wahrheit bei dem Kampfe der Kesseltöpfe gegen die von den Arbeitern verwalteten Krankenkassen darum, ob die

Krankenkassen den Interessen der Kesseltöpfe oder den Interessen der Arbeiter dienlich gemacht werden sollen.

Die Arbeiter nehmen nun der Arztfrage gegenüber die Stellung ein, daß sie unter allen Umständen jeder Klasse das Recht wahren wollen, den ärztlichen Dienst so zu regeln, wie es die Klassenmitglieder haben wollen. Diese werden schon aus der Praxis die Vorzüge und Nachteile der freien Arztwahl auf der einen Seite und des Systems der fest angestellten Kesseltöpfe auf der anderen Seite erkennen. Diesen Standpunkt haben auch früher, wie aus den angeführten Ausführungen der Herren Dr. Mugdan und Dr. Winter hervorgeht, die „liberalen“ Kesseltöpfe eingenommen, die von den Vorzügen der freien Arztwahl überzeugt waren. Und das mit gutem Recht. Denn, wenn die freie Arztwahl wirklich so segensreich, wie die Herren versichern, für die Klassenmitglieder wäre, dann würde sie dank dem Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder bald in allen Klassen, die wirklich die Arbeiter selbst verwalten, durchgeföhrt werden. Deshalb ist es nur notwendig, daß alle Beschränkungen des Selbstbestimmungsrechts der Arbeiter beseitigt werden.

Die Erfahrung hat aber die Arbeiter darüber belehrt, daß die freie Arztwahl sich durchaus nicht immer mit den Interessen der Klassenmitglieder verträgt. Sie liehen sich auch durch die schöne liberale Phrase von der freien Arztwahl nicht irren lassen, sondern begannen mehr und mehr, den ärztlichen Dienst mit Hilfe fest angestellter Kesseltöpfe so zu regeln, wie es dem Interesse der Klassenmitglieder am besten entspricht. Damit war auch die Begeisterung der „liberalen“ Herren für die alte liberale Forderung der Selbstverwaltung geschwunden. Herr Dr. Winter „wie eine große Anzahl von Politikern“ haben sich aus Freunden der Selbstverwaltung in Gegner derselben gemauert. Unter den gemauerten Herren befindet sich auch — Dr. Mugdan. „Wir wissen ferner“, lautet auf dem Vergeltetage Dr. Landbergers-Charlottenburg, „daß auch Kollege Mugdan ebenfalls jetzt sich auf diesen Standpunkt stellt, den er auf früheren Vergeltetagen mit Rücksicht auf das Selbstbestimmungsrecht der Kassen verworfen hatte.“

Für die Konservativen und Nationalliberalen war schon längst das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter in ihren Krankenkassen ein Stein des Anstoßes. Die Sozialparteien sind daher jetzt einzig in dieser Frage. Sie können ihre konservativ-liberale Mission hier erfüllen, wenn — sich die Arbeiter das gefallen lassen.

Eine ungünstige Wendung am Arbeitsmarkt.

Während bis Juni die Statistik der öffentlichen Arbeitsnachweise, wie sie in der Halbmonatsschrift Der Arbeitsmarkt veröffentlicht wird, noch immer eine Besserung der Lage gegenüber dem Vorjahre aufgezeigt hatte, zeigt sie im Juli zum erstenmal seit Ende 1904 eine Verschlechterung. Das Verhältnis von Angebot und Nachfrage ist gegen 1906 ungünstiger geworden: auf 100 offene Stellen fiel im Juli 115,1 Arbeitssuchende gegen 100,4 im Juli 1906. Dieses Resultat bedeutet eine Wendung, auf die nicht laut genug aufmerksam gemacht werden kann. Wir wollen noch nicht so weit gehen, aus dieser Verschlechterung des Arbeitsmarktes folgern zu wollen, daß die Krise sei nunmehr eingetreten und gehe unaufhaltsam weiter. Aber ausgesprochen muß werden, daß der letzte Rückhalt, auf den sich eine optimistische Beurteilung der wirtschaftlichen Lage bisher noch stützen konnte, im Schwanken begriffen ist. Noch ein Monat der Verschlechterung, und es ist kein Zweifel mehr: die Konjunkturfurch hat eine entschiedene Richtung nach unten eingeschlagen. Was jetzt noch davon abzuhalten muß, die Verschlechterung des Monats Juli als den Anfang der Krise auf dem Arbeitsmarkt zu bezeichnen, das ist die voranschreitende Gehaltung des Arbeiterbedarfes in den Herbstmonaten. Es ergibt sich nämlich aus einem Blick auf die gewerblichen Neu-Zuzüge der letzten Zeit, daß im Herbst unter Umständen mit einer stärkeren Nachfrage nach Arbeitskräften als im Vorjahre zu rechnen ist. Freilich handelt es sich hier um nicht mehr als um eine Vermutung. Aber sie möge doch an dieser Stelle ausgesprochen sein. Wie sich in den wichtigsten Städten, für die schon Nachweise vorliegen, die Lage gegenüber 1906 verändert hat, das lehrt nachstehende Uebersicht. Es kamen auf 100 offene Stellen im Monat Juli Arbeit-

	1906	1907 + oder — gegen 1906
Königsberg	120,6	115,7
Böfen	59,5	60,0
Dresden	85,1	129,4
Stettin	83,8	102,0
Charlottenburg	102,9	104,3
Berlin	121,7	132,5
Hiel	74,9	125,4
Darmstadt	94,0	71,3
Hannover	128,0	151,6
Magdeburg	128,0	128,1
Halle a. S.	57,8	68,2
Dresden	98,3	98,2
Leipzig	92,0	115,5
Hannover	121,8	149,7
Dortmund	85,9	93,8
Essen	100,7	104,5
Düsseldorf	137,0	130,0
Köln	135,4	142,0
Hagen	109,5	113,0
Frankfurt a. M.	144,3	154,8
Nürnberg	78,4	91,2

Von den 20 aufgeführten Städten gegen nur noch vier eine Verbesserung gegenüber 1906; in den übrigen 16 ist eine mehr oder minder erhebliche Verschlechterung eingetreten, die, soweit sie teil-

welse bisher schon vorhanden war, im Juli ganz merklich zugenommen hat. Es braucht nicht erst hervorgehoben zu werden, daß dieser Umschwung auf dem gewerblichen Arbeitsmarke vor allem die gewerkschaftliche Aktion in hohem Grade beeinträchtigen muß. Mehr als bisher ist bei Lohnbewegungen die besondere Lage des Kampffeldes unter Berücksichtigung der allgemeinen Lage des Arbeitsmarktes ins Auge zu fassen. Die gegenseitige Konkurrenz der Arbeiter fehlt wieder in hohem Grade ein, und es ist nur zu wünschen, daß es der Politik der Gewerkschaften gelingt, den gegenseitigen Wettbewerb einigermaßen abzufchwächen. Viel wird dazu der Umstand beitragen, daß die Organisationen seit der letzten Krise überaus kräftig gewachsen sind und in der Arbeitslosenunterstützung sich ein Mittel geschaffen haben, um das gegenseitige Unterbieten auf dem Arbeitsmarke abzufchwächen.

Es wäre aber auch fernerhin zu wünschen, daß die ungünstige Wendung auf dem Arbeitsmarke so rasch wie möglich nach dem platten Lande hin signalisiert würde, damit der Zustand, der jetzt nach den Ermittlungen wieder in verhärteter Weise einsetzt, nicht vermindert würde. Denn gerade der herbstliche Zustand war es im Jahre 1900, der den Andrang auf dem gewerblichen Arbeitsmarke so rasch auf eine beängstigende Höhe anwachsen ließ. Hier sollte im Interesse der Zukünftigen sowohl als auch im Interesse der gegenwärtigen Arbeiter möglichst rasch von den in Frage kommenden Institutionen gehandelt werden. Geht es hier, so dürfte bei einer weiteren Verschlechterung des Arbeitsmarktes die Arbeitslosigkeit im kommenden Winter in erträglichen Grenzen zu halten sein. Sollte aber der Herbst wieder erwarten eine nochmalige Verschlechterung des Arbeitsmarktes bringen, so wäre durch eine Zurückhaltung des Zustuzes vom platten Lande nach den gewerblichen Zentren gewiß nichts verborgen. Nebenfalls heißt es schon heute Vorkehrungen gegen die mögliche Flut einer Arbeitslosigkeit treffen.

Zu den allernotwendigsten Maßnahmen rechnen wir aber vor allem eine Verbesserung der bestehenden Arbeitslosgenahlungen aus rücksichtlosem Erkennung des jeweiligen Grades der Arbeitslosigkeit. So wie die Organisation dieser Zahlungen heute ist, hat sie den Fehler, daß die Ergebnisse viel zu spät bekannt werden. Es vergehen für manche Monate immer drei bis vier Monate, ehe man die Ergebnisse der Zahlungen erfährt. Die Zahlungen müssen allmonatlich vorgenommen und die Ergebnisse umgehend für den unmittelbar zu Ende gelangenen Monat bekannt gemacht werden. Dieses Ziel ist leicht zu erreichen, wenn erst die monatliche Zahlung statt der dreimonatlichen angeordnet wird. Die Meinung, daß dadurch Mehrarbeit für die in Frage kommenden Gewerkschaftsbeamten entstehen würde, trifft nicht zu. Im Gegenteil: die monatliche Zahlung vermindert, wenn sie erst einmal eingeföhrt ist, weniger Arbeit als die monatliche Zahlung für drei Monate. Wenn zu irgend einer Zeit sich eine rasche Veränderung über die Lage des Arbeitsmarktes als unumgänglich notwendig erweist, so ist dies in der Zeit einer Krise der Fall.

Politische Uebersicht.

Die Nationalliberalen für das gleiche Wahlrecht.

Einem Wahlausschuß des geschäftsführenden Ausschusses der nationalliberalen Partei zu den preussischen Landtagswahlen entnehmen wir folgende Stellen:

Von den jetzt bestehenden Wahlen wird es abhängen, ob das Wert der Assimilierung zwischen den alten und den neuen Provinzen zur Ehre Deutschlands gelangt oder zum Frohlocken der Reaktion misslingen wird; ob wie freisinnige Einrichtungen aus den neuen Provinzen herübernehmen oder sie durch die Reste des altpreussischen Feudalismus und Bureokratismus aus entfremden werden... Die Zukunft des Bundesstaates muß nach allen Seiten gesichert sein; dazu ist aber auch erforderlich, daß Deutschland von Preußen die inneren Reformen, welche den übrigen Staaten zum Muster dienen, erwarten könne... Das beschränkte Klassenwahlrecht hat sich überlebt, und der nächste Landtag wird zu prüfen haben, in welcher Weise und unter was für Voraussetzungen der Uebergang zum allgemeinen Wahlrecht zu bereiten ist.

Unter dem „allgemeinen Wahlrecht“ verstand man 1867 — denn aus diesem Jahre stammt der nationalliberale Rufus — natürlich das gleiche, geheime und direkte. Für dieses sind die Nationalliberalen vor vierzig Jahren eingetreten (etwa so wie das Zentrum und der größere Teil des Freisinn heute noch dafür eintritt) — mit dem Erfolge, daß das schon damals überlebte beschränkte Klassenwahlrecht noch weitere vierzig Jahre bestehen bleiben konnte. Und nach Ablauf dieser vierzig Jahre finden wir den Nationalliberalismus aus einem wenigstens platonischen Anhänger des gleichen Wahlrechts zu einem gewöhnlichen Gegner verandelt. Man sieht aus dieser kleinen geschichtlichen Erinnerung abermals, wie recht die Nordd. Allgem. Ztg. hat. Mühen Sympathieerklärungen ist nicht getan. Um das gleiche Recht aller Preußen zu erobern und den schmachvollen Gegenstand wegzujagen, der — sehr im Widerspruch zu dem nationalliberalen Rufus von 1867 — zwischen Preußen und den übrigen Staaten Deutschlands und der zivilisierten Welt entstanden ist, bedarf es „großer Ereignisse und langer heftiger Kämpfe.“

Die jammervolle Haltung der Zentrumspartei in der Wahlrechtsfrage zeigt sich in den Aeußerungen, die Dr. Spahn vor einigen Tagen in seiner Rheinbacher Rede gemacht hat. So begeistert er der Regierung Marinerechnungen antrug, so zweideutig und verächtlich sprach er sich über das Wahlrecht des Volkes aus. Er half sich über diese Grundfrage der gegenwärtigen Politik mit folgendem Brevet hinweg:

Abonnementspreis
bestehen der Sächsischen Arbeiter-Zeitung
Bestellungs- und Zusendungen
an die Redaktion
Singerstraße 21, 2 Tr.
Erschienen
am Montag den 13. Aug. 1907.
Telefon: Nr. 9465.
Telegraphisch: Nr. 1700.
Erscheint täglich mit Ausnahme von
Sonntagen und Feiertagen.

Inserate
werden bei 4 Spalten
über einen Raum mit 20 W. be-
rechnet und bei unbedeutend geringen
Werbekosten mit Rabatt gewährt.
Werbekonten 20 W. unterhalb
müssen bei Zahlungsdienst 10 W. über
sich in der Expedition abgeben und
sind im voraus zu bezahlen.
Expedition:
Singerstraße 21, 2. part.
Erschienen den Montag 8 Uhr
abends 7 Uhr.
Telephon: Nr. 1700.
Erscheint täglich mit Ausnahme von
Sonntagen und Feiertagen.

Die Probe auf die Befähigung des Ministers v. Bethmann-Hollweg die Interessen des Reiches mit den Interessen der Bildung in Übereinstimmung zu bringen wird im Landtage die Wahlrechtfrage machen. Die Linke fordert sie; sie bedarf des höchsten Wahlerfolgs und einer geänderten Einwirkung der Wahlkreise. Der bisherige preussische Minister des Innern hat sich ablehnend verhalten, seine Novelle hatte sich auf die Verlegung einzelner überhöflicher gewordener Wahlkreise beschränkt. Das sein Nachfolger einer weitgehenden Veränderung des preussischen Wahlgesetzes freudiger gegenübersteht, läßt sich erwarten; doch ist über seine Ansicht noch nichts bekannt. Das Zentrum war für die Verlegung des direkten Wahlrechts auf Preußen. Die für uns wichtigere Frage wird aber die der Wahlkreiseinteilung werden. Die Vorlage des preussischen Ministers des Innern wird unterchied eine objektive, tüchtige Prüfung und Würdigung finden.

Für das Zentrum ist es danach das Wichtigste, daß die ungerechte Wahlkreiseinteilung erhalten bleibt, auf Grund deren es in ländlichen Wahlkreisen keine männlichen Landtagsmandate gewinnt.

Marokko.

Der Post Pariser, der der französischen Regierung nahe steht, veröffentlicht eine bemerkenswerte Nachricht über eine Forderung des Sultanen Salom zur Marokkofrage. Salom habe im Gespräch mit dem russischen Minister Jorowitsch über die Trapatie der Akte von Marokkos sich dahin geäußert, daß diese für eine bestimmte Dauer abgeschlossene Vereinbarung im Augenblick unabänderlich sei, doch würde einer Orientierung der deutschen Politik in einem der französischen Marokko-Aktion günstigen Sinne nichts im Wege. Es scheint danach, als sei man bei der Berliner Regierung jetzt ernsthaft gewillt, unzulässige deutsche Einmischungen in den Marokkobranch zu vermeiden.

Die Lage in Casablanca erscheint unverändert. Nach brieflichen Nachrichten vom 12. dieses Monats ist nach dem 10. kein weiterer allgemeiner Angriff erfolgt. Es können immer noch zahlreiche Juden aus dem Innern dort an, die von geplanten Unternehmungen der Stämme gegen die Stadt berichteten. General Trude habe die Notabeln der Stadt zu sich kommen lassen und ihnen erklärt, daß die Sicherheit der Stadt gewährleistet sei. In Rabat herrscht Ruhe. In Fez haben Beratungen der ausländischen Konsuln beim Minister des Auswärtigen über Maßnahmen zur Begegnung der schwierigen Lage stattgefunden.

Ueber die Stimmung in Spanien treffen widersprechende Nachrichten ein. Der Pariser Main berichtet aus Tanager: Der spanische Gesandte ist gestern hier eingetroffen. Er erklärte gleich nach seiner Ankunft, es sei notwendig, einen energischen Vorgehen gegen die marokkanischen Stämme zu führen. Dagegen entwirft der Madrider Korrespondent des B. I. ein ganz anderes Bild. Die Verdringung Casablancas hat in Spanien keine angenehmen Eindrücke erweckt, im Gegenteil die Befürchtung vermehrt, daß die Marokko-Affäre noch ein unwillkommenes Ende nehmen werde. In dieser Hinsicht wird darauf aufmerksam gemacht, daß, wenn der Zweck der Besetzung war, einschüchternd zu wirken, dieses Ziel in keiner Weise erreicht sei. In den offiziellen Ausstellungen wird zunächst darauf hingewiesen, daß, da die Ausschiffung von Truppen nach vorübergehender Zustimmung seitens der marokkanischen Behörden erfolgte, darin kein feindseliger Akt gegen Marokko als Staat erblickt werden könne. Auch durch die Besetzung der Stadt, so hart sie gewesen, ist noch kein Kriegszustand geschaffen, wie der Umstand beweist, daß die marokkanischen Behörden um Entschädigung gebeten hätten. Man müsse also „in Übereinstimmung mit dem Sultan“ vorgehen, zunächst die Polizei zu organisieren, sich im übrigen aber friedlich an den Geist und Wortlaut der Algeiras-Akte halten. Die Minister lassen dabei durchblicken, daß es dem Marokko-Kabinet gelungen sei, Frankreich von weitergehenden Schritten abzuhalten, und daß die übrigen Mächte mit dieser „breiten dem“ Tätigkeit Spaniens klar einverstanden seien, da bei weiteren scharfen Vorgehen und damit verbundenem Verstoß gegen die Eigenart schließlich die Grenzsperrung doch den Hauptzweck haben würden. Allerdings wird in der spanischen Presse betont, daß sich das spanische Kriegsschiff nicht an der Besetzung beteiligt habe, ebensowenig wie die spanischen Matrosen an dem späteren Kampf.

Paris, 14. August. Der Madagaskarier, General Duchesne, ist kurzem in Disponibilität, aussetzt in einem Interview, daß die Schwierigkeiten einer Expedition zur Eroberung Marokkos, falls solche Unternehmen erforderlich wäre, ungleich größer wären als jene des von ihm geführten Zuges nach Tamasova. Eine konzentrische Operation der von Ujda und der Stille in der Richtung nach Fez zusammenweisenden Truppen würde für 50 000 Mann fordern, das ganze 19. Korps (Algerien) wäre aufzubieten.

Glückliche Europäer.

Die Köln. Ztg. erhält ein Telegramm aus Tanager, worin es u. a. heißt, daß im ganzen nur etwa 20 Europäer in Kasagan zurückgeblieben sind, darunter sechs deutsche Kaufleute und der deutsche Postbeamte. Die im Innern gelegene Hauptstadt des südlichen Marokko Marrakesch haben die Deutschen in der Nacht zum Sonntag sämtlich verlassen. Der Vertreter des Sultans hat ihnen eine stark begleitende Eskorte gestellt. Sie beabsichtigen, in Soffi die Küste zu erreichen.

Es liegen ferner folgende Nachrichten vor:

Tanager, 15. August. (Nebenmeldung.) Von Kasagan ist ein französischer Dampfer mit 300 Kasaganen, meist Europäern, hier eingetroffen. Als das Schiff Kasagan verließ, herrschte dort nach Angabe der Flüchtlinge noch große Unruhe, obwohl kein Angriff erfolgt war. Gerüchtelei verlautet, daß auch noch andere Stämme dicht an Kasagan herangekommen und Geld verlangt haben mit der Trohning, im Begehrungsfall die Stadt anzugreifen. Sie sollen 7000 Tollar erhalten haben.

Gibraltar, 15. August. Eine heute nachmittags erlassene Regierungsverordnung verbietet das Zutreten von Flüchtlingen aus Marokko.

Madrid, 16. August. Der Kreuzer Numantia soll nach Tanager gehen als Ersatz für den Torpedobootzerstörer Destructor. Ein Kanonensboot wird von Cadix abgehen, um an der marokkanischen Küste zu kreuzen und die Verbindung nach Kasagan aufrecht zu erhalten.

Aus Anlaß der jüngsten Vorkommnisse in Casablanca, wo das spanische Brevet gekündigt und niedergebrannt wurde, hat das Pariser Zentralkomitee der Alliance Israélite Universelle zur Vermeidung der augenblicklichen Not den Betrag von 5000 Fr. nach Casablanca telegraphisch übermittelt.

Politische Cholera.

Rußland ist wiederum von einer Cholera-Epidemie bedroht. Und zur selben Zeit, wo die Unruhe im Volke wächst und der Boden immer günstiger wird für die Entfaltung und Verbreitung der unheimlichsten Gerüchte, heissen sich die „acht russischen Leute“, die Epideemiegefahr im Interesse des Kampfes mit der Revolution anzudeuten.

In leicht verballter Form illustriert das Zentralorgan der Schwarzen Hunderte — Moskwa Snamja — die Verbreitung in die Massen, daß die Cholera bloß ein neues, von Juden und Polen erfundenes Mittel des revolutionären Kampfes ist: die jüdischen und

polnischen Kerle hätten beschlossen, mit Hilfe der Pest- und Cholera-Bakterien, die sie gegen die Bauernmassen losgelassen, mit der russischen Regierung zu kämpfen.

Alle, von Rot und Unwissenheit geborene Legenden über Kerze, die als „Giftmischer“ fungierten, über vergiftete Brunnen und pestbringende Choleraabtraten, Legenden, die während der Cholera-Epidemie von 1892 zu furchtbaren Revolten und wilden Ausschreitungen gegen die Kerze, Studenten und Krankenwärter geführt haben, werden nun von den „acht russischen“ Banditen mit neuer Aufgefrischt, um die rohen Instinkte der Massen gegen die Kerze, gegen die verhasste Intelligenz zu wecken. Vollkommen zielbewußt verbreiten die „Stützen der gegenwärtigen Ordnung“ verbrecherische Gerüchte, in der Hoffnung, daß „das Volk selbst“, unter wohlwollender Neutralität der herrschenden Clique, gegen die „revolutionären Elemente“ vorgeht.

Anfische Junker auf dem Stimmensfang.

Der russische Junkerverband hat dieser Tage einen Wahlaufruf an die Landbevölkerung erlassen, in dem er den Versuch macht, sich als Vertreter des „arbeitenden Volkes“ aufzuspielen.

„Nachdem die Wahlen für die Reichsduma heranziehen“, heißt es in dem Aufruf. „Nicht etwa bei den Wahlen nicht betrügen und aufstellen in die Duma nicht solche Leute, welche auch in ihren Reden Land und Freiheit versprechen, in Wirklichkeit jedoch die Vernichtung der Duma anstreben, welche für die Lösung der ungeheuren Bauernnot so notwendig ist. Sondern auch nicht durch die Vernichtung von Leuten verhindern, die die Vernichtung des russischen Reiches anstreben, so wird auch die dritte Reichsduma kraft Verfügen des Reichstages aufgelöst werden, und das Bauerntum wird wiederum auf lange Jahre hinaus verurteilt sein, ohne jegliche Hilfe unter ebenbürtigen Bedingungen wie jetzt zu leben.“

„Nur hat auch gehört“, — heißt es weiter — „daß die Ungewissenheit, die ihr und die Arbeiter in die Duma entsandt hat, in das Ausland auf die erlauchte Person des Herrn und Kaisers verweist sind. Worbei ihr also auch jetzt solche Leute in die Duma entsenden, die das grausamste Verbrechen gewagt und den Satz des ganzen heiligen Rußlands auf sich gelastet haben?“

Zum Schluß fordert der Junkeraufruf die Bauern auf, solche Leute zu wählen, welche mit den Bedürfnissen des arbeitenden Volkes vertraut sind. Solche Leute finden sich natürlich nur in den Reihen der Junker, denn „der Gutsbesitzer geht ja sein ganzes Leben lang Hand in Hand mit dem Landmann“. Und wer anders kennt die Bedürfnisse des einfachen Bauers so gut wie er?

Deutsches Reich.

Moronga.

Das Reichliche Bureau verbreitete folgende Meldung aus Kapstadt: Moronga ist mit vierhundert seiner Anhänger auf deutsches Gebiet übergetreten. Nach einem Telegramm aus Winterton ist der Häuptling Simon Kopper in die Kapkolonie eingedrungen und hat sich dort mit den Streitkräften Morongas vereinigt, worauf beide auf deutsches Gebiet zurückkehrten. Es heißt, daß sie mit dem Häuptling Christian beraten wollen. Die Kapkolonie eilt schleunigst herbei, um Moronga abzufangen, die Schwierigkeit des Geländes verhindert aber seine Gefangennahme. Die Kapbehörden arbeiten mit dem deutschen Generalstab Hand in Hand und haben alle Maßregeln getroffen, um Moronga an einem Wiedereintritt in die Kapkolonie zu verhindern. Wenn er es tut, wird er festgenommen.

Am deutschen amtlichen Stellen ist jedoch von den hier behaupteten Tatsachen nichts bekannt. Nach einem am Donnerstag früh in Berlin eingegangenen telegraphischen Bericht des Unterstaatssekretärs v. Lindquist ist Moronga aus Furcht vor Auslieferung in die Bergegend entwichen, die englische Polizei hofft aber, daß er sich nach Aufführung des Sachverhalts stellen werde.

Zur Dynamit-Explosion in Dömitz.

Ueber die Sicherheitsmaßregeln bei der Fabrikation und Lagerung von Sprengstoffen erhält der Berliner Lokalanzeiger von „nachgebender amtlicher Stelle“ folgende Auskunft:

„Zeit der Reborit-Explosion bei Annen ist von den zuständigen Behörden eine Zentralstelle zur Überwachung der Anlage und des Betriebs des Sprengstoffabrikanten in Preußen geschaffen worden. Diese Zentralstelle arbeitet mit den einzelnen Bezirksinspektionen Hand in Hand, damit diese einmal die bestehenden Vorschriften nicht zu scharf handhaben und dadurch der Industrie unnötige Beschwerden gemacht werden und damit sie andererseits nicht zu nachsichtig sind. An den Vorschriften und Bestimmungen ist nichts geändert worden, da sie sich vollständig bewährt haben. Die Fabrik in Dömitz ist ganz nach dem preussischen Muster errichtet worden, und auch die Sicherheitsmaßregeln sind dieselben. Es herrscht die weitgehendste Zentralisation, jede Arbeitsstätte ist von den übrigen durch Schutzwälle getrennt und an keiner arbeiten mehr als höchstens drei Mann. Bei einer etwaigen Explosion werden also nur diese getötet. Wenn jetzt eine größere Anzahl getötet oder verletzt worden ist, kann dies nur dadurch geschehen sein, daß die anderen Arbeiter nach der Explosion herbeieilten und dann bei einer Nachexplosion zu Schaden kamen. Ganz zu verhalten sind solche Explosionen nicht, trotz aller Vorsichtsmaßregeln und Bestimmungen, da die Arbeiter mit der Zeit gleichgültig gegen die Gefahr werden und benützt und unterwühlt die Vorschriften übertreten und mit der Gefahr spielen.“

Es wäre wünschenswert, daß sich unabhängige Fachleute zu dieser Art von Aufstellung aussprechen. Es liegt jedenfalls sehr wenig vertrauenswürdig, wenn den Arbeitern, die mit ihrem Leben einsparen müssen, Nachlässigkeit vorgeworfen wird in demselben Augenblick, wo zugestanden wird, daß die Überwachungsstellen die Vorschriften „nicht zu scharf“ handhaben sollen!

Cholera-Konferenz. Im Reichsamt des Innern hat am 14. dieses Monats eine Konferenz aller beteiligten Ressorts des Reichs und Provinzen stattgefunden, um die Gefahr der Einschleppung der Cholera aus Ausland und die Maßregeln zu ihrer Abwehr zu erörtern. Es wurde einstimmig anerkannt, daß kein Grund zur Beunruhigung vorliegt. Um jedoch für alle Fälle gerüstet zu sein, wird schon jetzt Vorkehrungen getroffen werden, daß die bei dem Einbruch der Cholera im Herbst 1905 bewährten Abwehrmaßnahmen, insbesondere die Überwachung der Flüßläufe in den Grenzbezirken, in jedem Augenblick in Wirksamkeit treten könnten.

Wiedereinführung der Rückfahrkarten?

Der Magdeburger Zeitung zufolge beabsichtigt das preussische Eisenbahnamt die Wiedereinführung der Rückfahrkarten. Die Mehrzahl der Eisenbahndirektionen hatte sich dafür ausgesprochen. Die Geltungsdauer der Karte soll möglichst lange ausgedehnt werden, eine Verbilligung aber nicht eintreten.

Eine lehrreiche Verkehrsführung. Aus Halle wird uns berichtet: Während des Bauhandwerkersfestes wurde hier Tag und Nacht

leidend der Polizei sehr scharf darauf geachtet, wenn Streikposten auf den Bürgersteigen landeten. Jede Kleinigkeit, auch das Beobachten von Streikposten durch das nicht am Streik beteiligte Publikum, wurde als „unerlaubtes Zusammenleben“ angesehen und mit recht erheblichen Strafen bedroht. Just zur Zeit, als der Streik tobte, nach einer durchlebten Juninacht, kam der Kandidat der Rechte, Friedrich Halle, morgens gegen 5 Uhr, als die Arbeiter sich aufmachten, die Arbeiter aufzuwecken, mit einem Kommissionsmitglied entlang und legte sich auf das Trottoir. Als er sich dort sitzend gemächlich eine Zigarette anzündete, kam der Polizeibeamte Heinrich auf ihn zu und bat ihn, aufzustehen, da der Verkehr gebindert sei und benutzte, der dort vorbeiziehen wollte, einen Hagen nachzuweisen. Als der Rechtskandidat nicht folgte, wurde er von dem Sergeant angegriffen und hochgehoben. Der Widerwillige nahm dann seinen Strohhut und schlug damit dem Polizeibeamten über die rechte Hand, jedoch der Geldstrafe nicht zusallen konnte und einen Tag dienstunfähig war. Die Folge davon für den Rechtskandidaten war eine Anklage wegen Verkehrshinderung, Unfugs, Widerstandes und Körperverletzung vor dem Schöffengericht. Einen gebietenden Einhalt der Verteidiger der Angeklagten. Er plädierte: Die angeordnete Polizeiverordnung verbiete nur das unerlaubte Zusammenleben auf den Bürgersteigen, nicht aber das Sitzen. Diesen Satz habe der Angeklagte nicht im Auge gehabt. Das Gericht hat eine Verkehrsbehinderung als nicht vorliegend an und verurteilt den Angeklagten nur, da der Polizeibeamte nicht ganz gerechtfertigt vorgegangen sei, wegen Körperverletzung und Widerstands zu 20 Mark Geldstrafe. — Nun können die Streikposten einmal auf dem Bürgersteigen sitzen und man wird sie auf den Bürgersteigen nicht — ferner.

Wegen jährlicher Übung hatte sich der Hauptmann v. Unruh von der 6. Kompanie des 1. Gardebrigades vor dem Kriegsgericht der 1. Gardebrigade in Berlin zu verantworten. Der Anklage lag jener traurige Vorfall zugrunde, der sich vor kurzem auf dem Truppenübungsplatz in Döberitz ereignet hat. Am Dienstag vor 14 Tagen war das 1. Gardebrigade nach dem Übungsplatz marschiert, und die 6. Kompanie hielt dort unter der Leitung des Kompaniechefs, Hauptmann v. Unruh, ein Geschützregiment ab. Nicht weit von der Stelle, an der die Übung vorgenommen wurde, wurde von einem anderen Truppenteil Scherenschießen abgehalten. Eine der Angeln tritt dabei ab und unglücklichweise traf sie einen der Grenadiere der 6. Kompanie. Der Hauptmann ließ dem Scherenschießen die erste Hilfe zuteil werden und sorgte für dessen schnelle Weiterführung nach dem nächsten Gardehospital. Bald nach der Entlassung starb jedoch der Angekommene. Gegen den Hauptmann aber wurde ein Strafverfahren eingeleitet, da er in fehlerhafter Weise das Unglück verschuldet hatte. Er mußte wissen, daß in der Nähe scharf geschossen wurde und durfte infolgedessen kein Mannschaften an der gefährdeten Stelle nicht lassen. Vor dem Kriegsgericht der 1. Gardebrigade stand v. Unruh über der Anklage der jährlichen Übung. Das Urteil lautet zu sechs Wochen und einen Tag Gefängnis.

Bürgerbewegung im Rheingau. Aus Frankfurt a. M. wird berichtet: Etwa 1500 Bürger aus dem Rheingau ziehen in Etzeln unter freiem Himmel eine Versammlung an und nahmen eine Resolution an, in der sie das dringende Ersuchen an die zuständigen Stellen richten, schleunigst in eine Revision des jetzt geltenden Rheingauer einmündiger Feuertarifs in die Revision eine Reihe von Änderungen einzuführen.

Kleine politische Nachrichten. Der Redakteur des Wiener Anararchenblattes Dr. Fritz Arbeiter, Rudolf Kersch, ist wegen Aufregung zu Gewaltthaten und wegen Verbreitung von schädlichen Schriften zu sechs Monaten und drei Tagen Gefängnis verurteilt worden. — Ein ehrenrühriges Verfahren soll gegen den Major a. D. Hüppe in Bromberg und gegen den Hauptmann a. D. Berger-Langefeld in Berlin eingeleitet werden, weil sie mit dem Fürstlichen Wiederkehr zum Zweck der Vermittlung des Liebesabkommens zwischen den polnischen Händen in Godesberg verhandelt hätten. — Das auf der Germaniamarkt erbaute Turbinenwerk Turbinen G 157, welches kürzlich bei der Probefahrt 100 000 Seemilen lief, erreichte in tieferem Wasser bei Danzig mit Marinebehörden die Maximalleistung 339 Seemilen, auf längerer Strecke in 333 Seemilen. Es ist somit tatsächlich das schnellste Turbinenwerk der Welt. — Wie die Frankf. Ztg. aus Ruvolet meldet, plant der Generalpostdirektor, internationale Verhandlungen einzuleiten wegen Herabsetzung des Briefpreises von 5 auf 2 Cent für Briefe im Gewicht von 1/2 Unzen für Länder mit direkter Dampferverbindung und bei abhöflicher Post, die bisher dem Privatverkehr vorbehalten war, in den staatlichen Betrieb zu übernehmen und Postpartien einzuführen. — Was Mexiko wird gemeldet: In Mexiko werden es, daß es innerhalb von vier Tagen in Zentralamerika zu Kriegen kommen werde. Man glaubt, daß Guatemala den Angriff machen werde mit einem Angriff auf Nicaragua, und das Guatemala und Salvador als Gegner Honduras und Nicaragua gegenübergestellt würden.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

König Eduard's Besuch. Aus Wien wird gemeldet: Die Begegnung des englischen Königs mit dem Kaiser Franz Joseph ist am Donnerstag im Nicht stattgefunden. Der britische Außenminister Lord Balfour und der österreichische Minister des Auswärtigen Baron Beckenbaur besprachen besonders die macedonischen Angelegenheiten. Das amtliche Telegraphen-Bureau veröffentlichte hierüber folgenden Bericht: Während ihrer Unterredung, welche alle Fragen der aktuellen Politik einbezogen wurden, teilten sich die beiden Herrschaften v. Aehrenthal mit Balfour die Fortdauer der schon so lange bestehenden traditionellen Freundschaft zwischen England und Oesterreich-Ungarn. Was speziell die macedonische Problematik anlangt, erkannten die beiden Staatsmänner, daß die von den Entente-Mächten in den macedonischen Angelegenheiten eingeleitete und von den anderen Mächten unterstützte Reformen sich in voller Übereinstimmung mit den jüngsten Erklärungen des englischen Kabinetts befinden. Eine Gleichheit der Ansichten wurde ferner bei der Frage der der hohen Worte zu revolutionären und bei jener der Verhandlung und Beurteilung des revolutionären macedonischen Wandens hervor. Da die Haltung der beiden Mächte mit dem Resultate des Ideenkreislaufes zwischen den C. Balfour und Frhr. v. Aehrenthal übereinstimmt, darf man die Folge der unheimlichen Bemühungen, die Verhältnisse in den macedonischen Blajen endlich und dauernd zu bessern, wohl ein günstiges Oroskopfen stellen.

Frankreich.

Parteilag der französischen Sozialdemokratie. Der im Volkshaus zu Paris stattfindet, gab Genosse Baranne den Bericht über die Tätigkeit der Kammerfraktion. Die Diskussion, die sich hieran knüpfte, war nur von geringer Bedeutung, im wesentlichen erklärte man sich mit dem Verhalten der Fraktion einverstanden. Sodann wurde zur Beratung der dem Stuttgarter Kongress vorgelagerten Anträge geschritten. Zunächst wurde verhandelt über die Willkür und die internationalen Konflikte. Es traten hier drei Auffassungen gegenüber, die in drei verschiedenen Resolutionen niedergelegt sind. Die eine ist die der Föderation der Anarchoisten, die eine dem letzten Kongress in Limoges eine Regierung die langsam. In dieser heißt es, daß, wenn eine Regierung die Unabhängigkeit einer fremden Nation bedroht, sie zugleich ein National gegen die Arbeiterklasse des betreffenden Landes und gegen die imma-

nationale Arbeiterklasse... (Text continues in narrow column)

Rom 16. (Text continues in narrow column)

Berlin, 15. (Text continues in narrow column)

London, 15. (Text continues in narrow column)

Cholera. (Text continues in narrow column)

Reuber, 1. (Text continues in narrow column)

Gewerk. (Text continues in narrow column)

Die Tot. (Text continues in narrow column)

Unter a. (Text continues in narrow column)

Die Sch. (Text continues in narrow column)

Das al. (Text continues in narrow column)

Die Sch. (Text continues in narrow column)

Die Sch. (Text continues in narrow column)

1. Beilage der Sächsischen Arbeiter-Beitung.

Nr. 189.

Dresden, Freitag den 16. August 1907.

18. Jahrgang.

Sächsische Angelegenheiten.

Die Mittelständler und die Wahlrechtsreform.

Die sächsische Mittelständervereinigung hat eine Erklärung über ihre Stellung zu dem Hohenthal'schen Wahlrechtswechselangebot abgegeben, die demnächst veröffentlicht werden dürfte. Inzwischen hat aber ein Handlanger der Mittelständler, Theodor Reisch in Leipzig, bereits Gelegenheit zu ausführlichen Vorkundungen über dieses Thema genommen. Daraus — sie sind in mehreren Hefen der „Mittelständler“ zu finden — geht hervor, daß die Mittelständler nicht gar sehr unzufrieden mit dem Hohenthal'schen Wahlrecht sind, doch haben sie noch eine Reihe Wünsche, die der Engberg'sche der Mittelständler durchwegs entsprechen. Herr Reisch ist der Ansicht, daß der Entwurf so ziemlich annehmbar ist, wenn die Mängel beseitigt werden. Wörtlich heißt es nach einem allgemeinen Hinweis auf die Mängel:

So ist darauf zu achten, daß die persönlichen Beziehungen der Abgeordneten zu ihrem Wahlkreis aufrecht erhalten bleiben. Ferner erscheint die Zahl der Abgeordneten, die aus der Verhältniswahl hervorgehen sollen, zu klein. Es ist deshalb zu erwägen, ob die Zahl der Abgeordneten auf sich nicht zu erhöhen ist und ob man nicht die Zahl der Abgeordneten aus der Verhältniswahl herabzusetzen läßt. Weiter würden nach dem Regierungs-Vorschlage die ländlichen Wahlkreise mit ihren geringeren Wählerziffern über den Großstädtern gegenüber schlecht wegkommen. Hier bedarf es noch anderer Grundgedanken. Endlich muß der städtische Mittelstand verlangen, daß auch jenen Gewerbetreibenden, die zwar weniger als 1000 M. Jahreseinkommen haben, aber zur Gewerbetreibenden wohlberühmt sind, ebenso eine gewisse Berücksichtigung zuwenden wird wie den Landeskultivateuren wahlberechtigten ländlichen Besitzern. Diese Forderung kann unter keinen Umständen fallen gelassen werden, weil nach den Vorschlägen des Regierungsentwurfs etwa 78 Prozent der gewerblichen Mittelständler sich mit nur einer Stimme begünstigen müßten. Was die Wahl durch kommunale Verbände anbelangt, so ist es ein glücklicher Gedanke zu nennen, Selbstverwaltung und Selbstvertretung in eine innigere Verbindung zu bringen. Die Arbeit in den Selbstverwaltungskörpern bildet für den einzelnen Staatsbürger die beste Vorstufe zur Vertretung im Staatsleben. Wir sind überzeugt, daß nur tüchtige Männer mit gesundem Urteil aus den Wahlen durch die Kommunalverbände hervorgehen werden. Da der Mittelstand in den Stadtverordneten-Kollegien überall eine bedeutende Rolle spielt, werden diese Wahlen seinen Einfluß auf die staatliche Gesetzgebung jedenfalls stärken. Um jedoch Autokratie-Einflüsse von dem neuen Wahlrecht fernzuhalten, könnte die Mittelständervereinigung der Wahl durch Kommunalverbände nur unter der Bedingung zustimmen, daß das Wahlrecht zu den Bezirksverordneten und Bezirksräthen einer zeitgemäßen Reform unterworfen wird. Es muß allen Berufsständen Gelegenheit gegeben werden, auf die Zusammenfassung der Bezirksvertretungen einwirken zu können. Auf alle Fälle muß der Einfluß der Hochverwaltungen auf die Bezirksräthen bedeutend gemindert werden. Die jetzige Wahlrechts-Einteilung ist in den Kreisen des ländlichen Mittelstandes nicht beliebt, weil sie Städte zusammenwirft, die absolut keine verwandtschaftlichen Beziehungen zueinander haben, sondern vielmehr sogar entgegengelegte Interessen. Auch in dieser Richtung könnte die Mittelständervereinigung den Vorschlägen der Regierungsvorlage zustimmen, vorausgesetzt, daß eine Reform des Wahlrechts auf den von der Regierung vorgeschlagenen Grundlinien aufbauen kann. Sollte aber, wofür bereits in dem führenden nationalliberalen Organ Stimmung zu machen gesucht wird, eine Reform im Rahmen des jetzigen Dreiklassen-Wahlrechts vorgeschlagen werden, dann müßte der städtische Mittelstand sich allerdings für die Aufrechterhaltung der Trennung städtischer und ländlicher Wahlkreise aussprechen.

Man ersieht daraus, daß sich die Mittelständler von wahrhaft übermäßigem Erregungen leiten lassen: Wenn nur für die Kleinrentner und Erwerbseinkommenhaber einige Hopen abfallen, so mag sonst das Wahlrecht beschaffen sein, wie es will. Diese engherzigen Forderungen drücken es wahrlich fertig, die sächsische Politik noch mehr auf den Hund zu bringen, wenn sie, was ja allerdings ausgeschlossen erscheint, zu größerem Einfluß gelangen sollten.

Der militärische Boykott.

Über den Gaißhof-Hohenzollern in Altoschach war das Militärverbot verhängt worden, nachdem dort eine sozialdemokratische Wählerversammlung stattgefunden hatte. Daraufhin hatte der Verband der sächsischen Sozialisten beim Ministerium des Innern eine Immediatengabe eingereicht, in der das Ministerium beim Minister Graf v. Hohenthal um Aufhebung des von der Militärbehörde erlassenen Verbots des Besuchs des Gaißhofes gebeten wurde. Jetzt hat Graf Hohenthal die Immediatengabe abschlägig beschieden und folgenden Bescheid getroffen:

Das Ministerium des Innern hat die Beschwerde, die der Reichsanwalt Dr. Freitag in Vollmacht des Gaißhofbesitzer Käthe in Altoschach und des Landesverbandes der Sozialisten im Königreich Sachsen gegen die Entscheidung der Kreisobermannschaft Leipzig eingebracht hat, für unbegründet zu befinden gehabt, weil die Entscheidung darüber, welche Verhalte die Militärpersonen betreten dürfen — wessen Bereich die Kreis- und Amtshauptmannschaft den Befehlverhältnissen richtig beizubringen — nicht zur Zuständigkeit der Zivilbehörden gehört, während die Annahme des Beschwerdebehörden, daß im vorliegenden Falle die Verhängung des Militärverbots über den Gaißhof Hörsing auf eine Anregung der Amtshauptmannschaft Leipzig zurückzuführen sei, unzutreffend, und die Entscheidung darüber, ob die Amtshauptmannschaft Döbeln ihrerseits etwa gegenstandslos des Befehlverhältnisses bei der Militärbehörde vorzulegen will, dem alleinigen Ermessen der Amtshauptmannschaft zu überlassen ist. Ministerium des Innern, gez. Hohenthal.

Der geschäftsführende Vorstand des Landesverbandes der Sozialisten im Königreich Sachsen hat, so teilt die Leipziger Zeitung mit, dem Bescheid entgegen, nachdem alle Schritte im Hinblick auf den Bescheid erfolglos geblieben sind, bei dem General-Landeskommando des 19. Armee-Korps bez. dem Kriegsministerium und dem Reichsminister vorstellig zu werden. Das Militärverbot über den Altoschacher Gaißhof-Hohenzollern ist bekanntlich darauf gerichtet, weil der Besizer während der letzten Reichstagswahlbewegung seine Sätze auch der Sozialdemokratie zur Verfügung gestellt hatte. Als reinzeitlich die Beschwerde über den Bescheid an den Reichsanwalt Dr. Freitag im Ministerium des Innern, antwortete dieser, er könne nicht in der Sache tun, Kühne, was man aber, daß die Amtshauptmannschaft nicht zuständig ist, man darf deshalb geklagt sein, was nun das General-Landeskommando des 19. Armee-Korps sagen wird. Die Amtshauptmannschaft hat also jedenfalls ihre Hand im Spiele.

Besitz und Bildung.

Ein bemerkenswertes Eingekommen, das allerdings unbeachtlich war, ist im konservativen Vogtländischen Anzeiger zu finden. In dem Blatte werden Randglossen der Deutschen Tageszeitung zum Hohenthal'schen Wahlrechtsentwurf besprochen, unter anderem auch folgende:

... So könne es vorkommen, daß ein Handwerkermeister mit weniger als 1000 M. Einkommen und demgemäß nur einer Wahlstimme einen Sohn habe, dem er unter großen Opfern die Ablegung des Einjährig-Freiwilligen-Examen ermöglicht hätte, aus dem jedoch nichts geworden sei, so daß er ihn nun auf irgendwelche Weise durchbringen müsse. Dielem Sohn aber kämen zwei Wahlstimmen zu. ...

Dazu bemerkt nun der Vogtländische Anzeiger:

Der Fall muß bei schärferer Erwägung als bedeutungslos erscheinen, denn er wird nur ein sehr seltenes sein. Es wird nur ausnahmsweise vorkommen, daß ein Vater mit einem Einkommen von weniger als 1000 M. seinem Sohn eine Ausbildung bis zur Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligen-Militärdienst angeheben lassen kann, es ist dies fast unmöglich.

Damit geht das konservative Blatt zutreffend ein, daß die Vorbedingung einer besseren Ausbildung heute ein großer Geldsack ist. Natürlich ist das nicht Neues. Aber von konservativer Seite ist es bisher noch immer bestritten worden.

Bürgerlicher Landtagswahlkandidat.

In der freisinnigen Zittauer Morgenzeitung ist folgendes zu lesen:

Für die bevorstehenden Neuwahlen zum Landtage war bekanntlich in den beiden Wahlkreisen Chemnitz 2 und Limbach-Land (31. ländlicher Wahlkreis), zu welchem letzterem auch verschiedene Landorte in unmittelbarer Nachbarschaft von Chemnitz gehören, bereits vor einigen Monaten zwischen dem Chemnitzer Verein der freisinnigen Volkspartei und den Nationalliberalen ein gemeinsames Vorgehen beschlossen worden. In Chemnitz 2 wollten die Freisinnigen die Kandidatur des nationalliberalen Fleischermeister's Fiedlerhagen unterliegen, während in Limbach-Land der freisinnige Fabrikant Hermann Müller in Orlau als gemeinsamer Kandidat beider Parteien gelten sollte. Diese Abmachungen waren aber stark in Frage gestellt durch die Tatsache, daß später in Limbach-Land von konservativer und rechtsnationalliberaler Seite der Fabrikant Grobe in Orlau als Landtagskandidat aufgestellt wurde, der ausdrücklich erklärte, daß er sich im Falle seiner Wahl der nationalliberalen Landtagsfraktion anschließen werde. Zu dieser Sachlage nahmen nun schließlich die Vorstände des nationalliberalen Vereins und des freisinnigen Volksvereins in Chemnitz erneut Stellung, woraus gemeinsam folgende Erklärung veröffentlicht wurde: „Es sind Zweifel entstanden, ob die Vereinbarungen zwischen den beiden Vereinen, sich bei den bevorstehenden Landtagswahlen im 31. ländlichen und 2. städtischen Wahlkreise von Chemnitz zu unterliegen, fortbestehen. Diese Vereinbarungen bestehen fort und werden im Interesse der liberalen Sache streng durchgeführt.“ Wie jetzt bekannt wird, soll übrigens der nun nationalliberale Fabrikant Grobe bis vor kurzem konservativ gemeint sein. Noch bei der letzten Reichstagswahl hat er sich im Wahlkreise Wittweida-Gurschütz, zu dem kein Wahlort Orlau gehört, agitatorisch zugunsten des konservativen Kandidaten Fabrikbesitzer's Starke-Frankens bedingt und den nationalliberalen Kandidatenerwerb bekämpft. (1) Daß es nun als nationalliberaler Landtagskandidat auftritt, ist allem Anschein nach nur auf eine konservative Wende zurückzuführen. — Welche in Frage kommenden Wahlkreise waren übrigens bisher im sächsischen Landtage durch konservative Abgeordnete vertreten.“

Besonders gut ist der nationalliberale Kandidat, der vor kurzem noch konservativer war. Die reaktionäre Verbrüderung zwischen Nationalliberalen und Konservativen wird dadurch recht deutlich illustriert.

Agrarische Genossenschaften.

Nach einem Berichte des Landeskulturamtes hat sich die Zahl der landwirtschaftlichen Genossenschaften bis Juni 1907 auf 346 vermehrt, während am 31. Dezember 1905 erst 292 solcher Genossenschaften bestanden. Gegenwärtig bestehen 2 Zentralgenossenschaften, 78 Darlehens- und Sparvereine, 123 Spar-, Kredit- und Bezugsvereine, 75 Bezugs- und Absatzgenossenschaften, 21 Wollereigenossenschaften und 49 sonstige Genossenschaften. Der Zugang an neuen Genossenschaften entfällt namentlich auf die Kreisbauwirtschaften Dresden und Leipzig, in welchen 8 bzw. 1 neue Genossenschaft entstanden. Auf die Kreisbauwirtschaft Chemnitz kommen 6, auf die Kreisbauwirtschaften Leipzig und Jena je 3 Neugründungen. Zurzeit bestehen in der Kreisbauwirtschaft Bautzen 89, in der Kreisbauwirtschaft Chemnitz 53, in der Kreisbauwirtschaft Dresden 110, in der Kreisbauwirtschaft Leipzig 60 und in der Kreisbauwirtschaft Jena 34 Genossenschaften. Das Berichtsjahr stand im Zeichen der Weidewirtschaften. In deren erste im März 1906 in Oberreuthen eingetragene wurde. In kurzer Folge entstanden die Weidewirtschaften Oberreuthen bei Freiberg und Jena bei Jena. Aber auch in den anderen Kreisbauwirtschaften wurde die Frage der Weidewirtschaft und Durchführbarkeit des Weidewirtschafts lebhaft erörtert mit dem Ergebnis, daß sich in kurzer Aufeinanderfolge weitere 18 Weidewirtschaften bilden und daß dieser großer und seiner Güter in zum Teil erheblichem Umfange Viehen und Felder für den Viehbetrieb einzurichten, teils nur zur eigenen Benutzung, teils in der Absicht, Pensionsdienste aufzunehmen. Zurzeit wird sowohl im Dresden als auch im Chemnitz Bezirke die Gründung weiterer Genossenschaften vorbereitet. Nach den Weidewirtschaften hat die Gruppe der Spar-, Kredit- und Bezugsvereine im Jahre 1906 wieder die größte Zunahme erfahren. Ueber ihre geschäftliche Tätigkeit im Jahre 1905 berichteten insgesamt 288 Genossenschaften, die einen Gesamtergebnis von 192 820 000 M. erzielten, das sich auf 33 927 153 M. mehr, als 249 Verbandsgenossenschaften im Jahre 1904 umsetzten. Den Gesamtergebnis der 288 Genossenschaften im Betrage von 23 154 020 M. standen Passiven im Betrage von 22 896 324 M. gegenüber, so daß sich ein Reingewinn von 254 696 Mark ergab.

Man ersieht daraus, daß in der Landwirtschaft das Genossenschaftswesen floriert. Das findet die konservative Presse auch in der Ordnung. Wenn aber Arbeiter Genossenschaften gründen, um sich billige und gute Lebensmittel zu beschaffen, schreit dieselbe Presse nach Umsichtigern und anderen Anhebungsstellen.

In den Landtagswahlen.

In der letzten Sitzung des freisinnigen Vereins Döbeln wurde Kaufmann Jiegenitz einstimmig als Kandidat für den Landtagswahlkreis Döbeln-Waldheim-Löschnitz aufgestellt. Am Sonntag fand in Döbeln eine Versammlung der Mittelstandsvereinsung statt, in der Herr Ulrichs-Döbeln als Kandidat der konservativen Partei und Mittelstandsvereinsung aufgestellt werden sollte. Die Versammlung ist resultatlos verlaufen. Wie verlautet, will Herr Ulrichs auf eine Kandidatur im dortigen Wahlkreis verzichten.

Wir erhalten folgende Berichtigung: In Nr. 111 der Sächsischen Arbeiterzeitung geben Sie die von mir bereits beschriftete Behauptung Ihres Genossen Beyer aus Geringwalde wieder, ich habe dem Reichstagsabgeordneten Singer unzüchtige Handlungen mit Mädchen unter 14 Jahren vorgeworfen. Die Darstellung Beyer's entspricht nicht der Wahrheit. In Wirklichkeit habe ich in der Diskussion nach einer von mir gehaltenen Rede, die keinerlei persönliche Angriffe enthielt, auf Provokation von sozialdemokratischer Seite hin festgestellt, daß Ihr Genosse Singer zu den Besuchern des sogenannten „Salons Schmettler“ gehörte, wo u. a. jugendliche Mädchen (unter 21 Jahren) mit Lebemannern verkehrten. Was die Schimpfwörter Ihres Genossen Beyer gegen mich betrifft, so habe ich ihn und sein Benehmen in der betreffenden Versammlung gebührend gekennzeichnet und ihm, sofern er sich dadurch beschwert fühlen sollte, freigestellt, den Klageweg zu beschreiten.

Wilh. Deussen, Schriftsteller u. Redakteur.

Auch die Art dieser Berichtigung läßt keinen Zweifel darüber, daß sich sein Verfasser als Reichsverbandagent durchs Leben schlägt: er erniedrigt den politischen Kampf zu Klatsch und Schimpferei. Wir haben der „Berichtigung“ lediglich hinzuzufügen, daß unser Gewährsmann keine von uns aus der Leipziger Volkszeitung übernommene Darstellung der betreffenden Vorgänge aufrecht erhält und daß unser Gewährsmann für uns allein glaubwürdig ist.

M. Chemnitz. Gegen das betrügerische Bau-Spekulantenamt geht neuerdings auch der Gewerkschafter Dr. Traudner vor, der den Herren „Bauunternehmern“ gelegentlich der Verhandlungen der gegen sie von Arbeitern angeführten Klagen richtig die Wahrheit sagt, wenn sie versuchen, Verpflichtungen finanzieller Art auf andere abzuwälzen, oder offensichtlich bestrebt sind, die Verhandlungen ungebührlicherweise zu verschleppen. Wenn aber verlagte „Bauunternehmer“, um sich der Zahlungsverpflichtung gänzlich zu entziehen, sagen, daß sie vermögenslos sind, dann wird das zu Protokoll genommen und der Vorkaufsrecht zur weiteren Erörterung überwiegen. In einem derartigen Falle wird es höchstwahrscheinlich zur Entziehung der Baugenehmigung kommen. Es ist nur zu billigen, wenn solche Elemente, die nur vom Hausdorschuss ein schönes Leben führen und es darauf anlegen, Arbeiter um ihren Lohn zu pressen und Bauhandwerker hineinzuweisen, möglichst unschädlich gemacht werden.

Meine Nachrichten aus dem Lande. Ein unbekannter Mann, 24 bis 28 Jahre alt, mittelgroß, unterseht, mit schwarzem Schnurrbart, hat in Zwickau einen Raubmordversuch begangen, indem er den Bureauchef des Rechtsanwalts Staube niedergelagert und ihm 70 M. geraubt hat. Er soll sich nach Leipzig gewandt haben. — Von einer verheerenden Feuerbrunst wurde gestern abend 11 Uhr das Anwesen des Gutsbesizers Müller in Burkersdorf bei Wilsenburg heimgesucht. Auf noch unbekannte Weise entzündet, raffte das mündende Element in kurzer Zeit die mit Eisenornamenten geschmückte Scheune, das Wohnhaus und die anderen Gebäude hinweg. — Im Stadtteil Bernsdorf in Chemnitz erkrankten in letzter Zeit etwa 20 Personen am Typhus. Die Ursache der Erkrankungen ist wahrscheinlich darin zu suchen, daß Bernsdorf noch keine Wasserleitung besitzt, sondern auf Brunnenwasser angewiesen ist. Behördlicherseits ist eine Umrüstung der Brunnen angeordnet worden, auch sind sofort alle sonst erforderlichen hygienischen Maßregeln getroffen worden. Erfreulicherweise sind seit dem 4. August neue Krankheitsfälle nicht vorgekommen, so daß man wohl der Gefahr einer Epidemie entkommen ist. — In Aue besuchte ein Knabe, während seine Mutter mit Waisen beschäftigt war, zum Einfachen des Hauses Petroleum. Der Behälter explodierte, und das Kind erlitt lebensgefährliche, seine zu Hilfe eilende Mutter gleichfalls schwere Brandwunden. — Aus Jahnsdorf meldet das Chemn. Tagebl.: Während des Donnerstags nachmittags über unserm gegen hiesigen Gemeindefeld der Blitz 5 Uhr 30 Minuten in das dreistöckige Gebäude des Restaurants zur Post, welches im mittleren Erdreife liegt, und jändete. Das Haus brannte vollständig nieder. Vier Familien sind dadurch obdachlos. Von dem Mobiliar konnte erfreulicherweise sehr viel gerettet werden. Personen wurden nicht verletzt.

Stadt-Chronik.

Genossenschafts-Debatten.

In dieser Woche wird in Leipzig der Genossenschaftstag des Allgemeinen Verbandes deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften abgehalten. Es ist das jener unter der Leitung des freisinnigen Politikers Dr. Crüger stehende Verband, von dem sich vor fünf Jahren die moderne Konsumvereinsbewegung abspaltete.

Die jetzt in Leipzig geführten Debatten sind von Interesse auch für die Arbeiter und für Konsumvereine. Schon deshalb, weil sie zeigen, in wie leichtfertiger Art dort über Dinge gesprochen und geteilt worden ist, über die diese Herren offenbar ganz falsch unterrichtet sind. So hat Herr Dr. Crüger in seinem Geschäftsbericht u. a. ausgeführt:

„Scharf kritisiert werden müsse es, wenn von maßgebenden Führern des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine ein Eintreten der Konsumvereine zugunsten streikender Arbeiter durch Bildung besonderer Fonds verlangt werde. Dadurch kämen die Konsumvereine in eine schiefe Parteistellung. Immer mehr zeige sich, wie richtig der Allgemeine Verband gehandelt habe, als er in Kreuznach die Auseinandersetzung mit den Konsumvereinen moderner Richtung betrieb. ... Ganz verfehlt sei das Unterfangen der Generalkommission der Genossenschaften Deutschlands, die Arbeiter zur Bildung von Produktivgenossenschaften zu bewegen, um den Kampf gegen das Unternehmertum wirksam durchzuführen zu können.“

Wieso streikende Arbeiter den Konsumverein in eine „schiefe Parteistellung“ bringen sollen, wenn der etwa seinen auf diese Weise in Not geratenen Mitgliedern irgend eine Unterstützung gewährt, ist nicht einzusehen. Wo die Absicht solcher Einrichtungen in Konsumvereinen (bis jetzt übrigens nur ganz vereinzelt) besteht, dann nicht nur oder besonders wegen streikender Arbeiter; es können ja auch vom Unternehmertum brutal ausgepresste sein. Solche Fonds würden als allgemeine Hilfsfonds für Mitglieder zu gründen sein. In einem Konsumverein können Arbeiter der verschiedensten politischen Anschauung Mitglieder sein, und ebenso wird auch in den Lohnkämpfen der Arbeiter nicht nach der politischen Meinung derselben gefragt, weder vom Arbeiter noch vom Unternehmer. Diese Heberer Dr. Crügers ist geeignet, ein ganz falsches Bild zu geben und den Gegnern der Konsumvereine weiteren Stoff zu Denunziationen und Ver-

Wahlungen zu liefern. — Wie Herr Krüger aber zu der anderen Behauptung kommt, das versichern wir nicht. Der General-Kommission wird es auch im Traume nicht einfallen, die Arbeiter zur Gründung von Produktionsgenossenschaften zu veranlassen; zum Kampf gegen das Unternehmertum wäre das ein sehr untaugliches Mittel. Das Gegenteil ist eher richtig: aus Konsumvereins- und Gewerkschaftskreisen wird gewarnt vor solchen Gründungen! Wie konnte man denn in Leipzig derartige Behauptungen aufstellen?!

Doch man im Allgemeinen Verband der modernen Konsumvereinsbewegung nicht grün ist, darf nicht verwundern. Aus dieser Stimmung heraus wird aber in unverantwortlicher Weise operiert. So wenn Herr Krüger weiter behauptete: „Die neue Richtung der Konsumvereine halbiert die Konzentration von Schulden, der Vorkaufkraft, der Vernachlässigung der Vergütung.“ Wie das bewiesen werden soll, möchten wir gern wissen. Nach unserer Kenntnis der Dinge ist auch in diesem Falle das Gegenteil richtig.

Am begeistertensten jedoch war die Debatte über die „sozialdemokratischen Konsumvereine“, die natürlich nicht fehlen durften. In dem uns zugegangenen Bericht heißt es darüber:

„In der Debatte sprach zunächst Weichler-München: Ich bin mit den Ausführungen des Referenten durchaus einverstanden. Er hätte aber gegen die andere Richtung ganz anders vom Leder ziehen können. Er hätte ruhig sagen können, daß es sich um sozialdemokratische Konsumvereine handelt. ... Leider kann man den Arbeitern den Beitritt zu einer Reihe Konsumvereine nicht raten; denn der Zentralverband deutscher Konsumvereine hat mit seinen Vereinen die Bahnen von Schulde-Religion verlassen. Seine Konsumvereine sind sozialdemokratisch gemacht worden. ... Man hat den sozialdemokratischen Agitatoren angenehme Stellungen verschafft, man hat weiter die Konsumvereine verwechselt nicht im Interesse der Mitglieder, sondern man hat direkt Gelder zu sozialdemokratischen Wahlzwecken verwendet. Wir haben ein Interesse daran, daß die Erziehung einmal vor sich gegangen ist, wir hier öffentlich Stellung nehmen zu diesen Vorgängen und in dieser Beziehung der anderen Richtung die Nase etwas mehr vom Gesicht reißt.“

Dieses bräule und unerschämte Auftreten war selbst Herrn Krüger zu dumm und unangenehm. Denn er meinte:

„Ich hoffe, daß der Vortrager für alle seine Behauptungen die tatsächlichen Beweise erbringen wird. Ich habe bisher immer vernommen, eine besondere politische Charakterisierung der anderen Richtung vorzunehmen. Ich habe wiederholt darauf hingewiesen, daß es nicht die politische Gesinnung ist, die uns von der anderen Richtung trennt, sondern daß wir mit der Tendenz jener Bewegung nicht einverstanden sind. Die Tendenz liegt darin, daß die andere Richtung der evolutionistischen Bewegung dient, daß sie die Wirtschaftsordnung sozialisieren will und daß sie das Klein-gewerbe aussterben will. Ob ein Mitglied der Konsumvereine der einen oder anderen politischen Richtung angehört, ist uns vollkommen gleichgültig. Die Hauptsache ist, daß er den wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben der Konsumvereine nachkommt. Wenn das ein Sozialdemokrat ist, ist er mir als Genossenschaftler ebenfalls willkommen. (Sehr richtig!) Ob ein Konsumverein im Zentralverband die sozialdemokratische Agitation unterstützt hat, kann ich nicht behaupten. Ich muß es dem Vortrager überlassen, für den Fall, daß Angriffe von der anderen Seite kommen, Beweise für seine Behauptung beizubringen.“

Vorstandsmitglied Meise-Dresden: Ich habe mich absichtlich ge-kränkt, den Ausdruck „sozialdemokratische Konsumvereine“ zu gebrauchen. Wie befremdet und darüber, wenn man uns politische Behauptungen vorwirft. Deshalb sollten wir auch der anderen Seite nicht solche Vorwürfe machen. Die Konsumgenossenschaftliche Wandlung befindet sich in jeder Nummer, die der Konsumvereine politischer Natur seien. Der Beweis dafür ist so schwer zu führen, daß ich mich scheue, solche Behauptungen aufzustellen. (Sehr richtig!)

Eine Reihe weiterer Diskussionsredner trägt ebenfalls die Ausführungen des Vortragers. Wenn man sich hier hinhaltet und solche Verdächtigungen ausspricht, ohne daß man sie beweisen kann, so ist das keine noble Kampfweise. Es sei bedauerlich, daß überhaupt solche Worte gefallen seien. Der Vortrager möge auch die Verantwortung für seine Ausführungen tragen.

Weichler-München: Ich habe nichts von dem zurückzunehmen, was ich gesagt habe. Ich habe zwar das Material für meine Behauptungen hier nicht zur Hand, ich werde es aber später veröffentlichen. Es ist hier immer von Maßnahmen der General-Kommission der Gewerkschaften die Rede gewesen. Man hat aber nicht gesagt, daß es sich um die sozialdemokratische General-Kommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften handelt. Wenn an der Spitze von Konsumvereinen Sozialdemokraten stehen, wenn Sozialdemokraten als Lagerhalter genommen werden, so ist das ein Beweis dafür, daß politische Motive hierfür maßgebend gewesen sind.

Vorstandsmitglied Dr. Krüger: Ich kenne auch die Arbeiterbewegung, aber ich werde mich lieber hüten, die General-Kommission oder die Gewerkschaften als sozialdemokratisch zu bezeichnen. Wenn auch Sozialdemokraten an ihrer Spitze stehen, so ist das weiter nichts als eine Formalität. Die Organisation selbst wird dadurch noch nicht sozialdemokratisch. Ich bin nicht in der Lage, solche Behauptungen hier aufzustellen.

Vorländer: Auch ich halte die Ausführungen des Herrn aus München nicht für angebracht. Ich bin sogar der Meinung, daß Sozialdemokraten sehr wohl auch Mitglieder unserer Vereine sein können.

Diese Debatte ist charakteristisch nach zwei Seiten. Im Allgemeinen Verband hätte man die Geister abschlüsseln, die erst gerufen wurden. Herr Krüger sieht es schlecht an, den Unschlügen zu spielen. Der unwürdige Münchener hat nur grober und direkter ausgesprochen, was von Krüger vorsichtiger und verschleierte der Öffentlichkeit seit Jahren suggeriert worden ist. Dieses Draufgängerum hängt nun an, dem Allgemeinen Verbande selbst unangenehm zu werden, weil mit denselben Argumenten auch gegen ihn die Behauptung ausgesprochen werden könnte, er sei politisch. Die Zurückweisung des Münchener Delegierten beweist, daß im Allgemeinen Verbande besser mit recht unläuteren Mitteln gegen die modernen Konsumvereine gearbeitet wurde.

Für Schankstätten mit Damenbedienung

And die behördlichen Bestimmungen revidiert und geändert werden. Eine amtliche Bekanntmachung darüber entnehmen wir folgendes: Den Bestimmungen unterliegen alle Gast- und Schenkwirtschaften und sonstige Schankstätten, in welchen weibliches Personal (Kellnerinnen, Wästelmäddchen, Hausmädchen usw.) anlässlichlich oder teilweise, dauernd oder vorübergehend zur Bedienung der Gäste oder sonst in einer Weise verwendet wird, daß es mit den Gästen in unmittelbaren Verkehr tritt (sog. Vork.). Für die Wirtschaften und Schankstätten wird 1 Uhr nachts als Vollzeitschloß festgesetzt; es bleibt jedoch vorbehalten, aus ordnungs- und sittenpolizeilichen Gründen für alle oder einzelne Wirtschaften eine noch frühere Stunde als Schloßstunde zu bestimmen. Vor 7 Uhr morgens darf der Schankbetrieb ohne polizeiliche Erlaubnis nicht eröffnet werden. In den Schankräumen sind alle Einrichtungen vorzusehen, durch die Räume oder Plätze verdeckt, verhängt oder in irgendeiner Weise dem freien Ein- und Ueberblick entzogen werden. Solange Gäste in den Schankräumen anwesend sind, sind diese stets unvergeschlossen zu halten und hat namentlich auch ein Zugang zur Schankstube von der

Straße aus offen zu bleiben. Der Dienst-Eintritt und -Austritt einer jeden Kellnerin usw. ist von dem Wirtze binnen 24 Stunden bei der Polizei-Direktion, und zwar bei der zuständigen Bezirksmeldestelle unter Vorlegung der Ausweis-papiere und, soweit Un-mündige in Frage kommen, des behördlich ausgefertigten Arbeits- oder Dienstbuchs zu melden. Die Wirtze haben ein fortlaufendes Verzeichnis ihrer Kellnerinnen usw. zu führen, das im Schanklokal selbst aufzubewahren und den Polizeibeamten jederzeit auf Verlangen vor-zulegen ist. Die Eintragungen in das Verzeichnis haben sofort und jedenfalls noch am Tage des Dienst-Eintritts oder -Austritts zu er-folgen und außer diesem den Vor- und Namen sowie den Geburts-tag und Geburtsort der Kellnerin usw. zu enthalten. In dieses Verzeichnis sind auch die nur ausnahmsweise beschäftigten Kellner-innen usw. und zwar auch dann einzutragen, wenn sie nur an einem einzelnen Tage beschäftigt werden. Jede Person, die in eine Gast- und Schenkwirtschaft oder sonstige Schankstätte als Kellnerin usw. eintritt, ist verpflichtet, dem zu ihrer Anmeldung Verpflichteten alle zur Erfüllung seiner Pflichten erforderlichen Angaben der Wahr-heit gemäß zu machen und die in ihrem Verzeichnis befindlichen Aus-weispapiere vorzulegen.

Die Kellnerinnen usw. haben in der Wohnung ihres Arbeit-gebers Wohnung zu nehmen, der für geeignete Räumlichkeiten zu ihrer wohnlichen Aufnahme zu sorgen hat. Ausnahmen sind im einzelnen Falle nur mit besonderer polizeilicher Erlaubnis zu-lässig.

Die Kellnerinnen usw. haben anständige und unauffällige Kleidung zu tragen. Es ist ihnen verboten, in unanständiger oder auffälliger Weise an den Fenstern und Türen der Schankstätten zu verweilen oder durch Worte und Gebärden Personen in die Schank-räume anzulocken und für sich oder andere Speisen und Getränke von den Gästen zu erhitzen oder anzunehmen oder Gäste zum Trinken zu bereben. Es ist ihnen unbedingt untersagt, an den Goststätten der Wirtschaft mit Gästen Platz zu nehmen. Mit dem Eintritt der Polizeistunde haben die Kellnerinnen usw. die Schankräume un-gesamt zu verlassen und dürfen diese vor 7 Uhr morgens nicht wieder betreten. Die Wirtze sind verpflichtet, solange ihre Wirtschaften im Betrieb sind, jederzeit persönlich anwesend oder für geeignete Stell-vertretung besorgt zu sein. Auf Wirtschaften, in denen die Bedienung der Gäste lediglich durch die Ehefrau oder die Tochter des Wirtzes oder seines behördlich befristeten Stellvertreter oder durch eine selbst im Verlage der Schankstube befindliche weibliche Person besorgt wird, findet diese Bekanntmachung im allgemeinen keine Anwen-dung; es können jedoch aus ordnungs- und sittenpolizeilichen Grün-den auch solche Wirtschaften den Vorschriften dieser Bekanntmachung ganz oder teilweise unterworfen werden.

Die Bestimmungen treten am 1. Oktober dieses Jahres in Kraft. Von diesem Zeitpunkte ab verliert die Bekanntmachung vom 15. Juli 1893 ihre Gültigkeit.

Eine stenographische Ausstellung

findet Sonntag den 18. August im Amalienhof, Amalienstraße 24, statt. Die Ausstellung zeigt dem Besucher die Anwendung der mo-dernen Stenographie in der Praxis (Originalstenogramme mit Uebersetzungen), im Privatgebrauch (sonst, als auch die Anwendung in der häuslichen Kleinfabrik, umfangreiche Literatur, sämtliche Lehr- und Hilfsmittel, Propagandaschriften usw. veranschaulichend die Ausstellung. Auch können die Besucher die verschiedenen Systeme untereinander vergleichen, da von den wichtigsten Systemen die Lehr-bücher ausliegen. Also die Ausstellung bietet eine Fülle des Inter-essanten für jeden Stenographieliebenden und -Lernenden. Der Ein-tritt ist frei. Geöffnet ist die Ausstellung von früh 11 bis abends 6 Uhr.

Das Unwetter

das gestern gegen Abend Dresden und Umgebung heimsuchte, dürfte mehrentheils Schaden angerichtet haben. An manchen Stellen hat es ge-regnet und die Feuerwerke wurde hier- und da hin verschoben, wo es ein-geschlagen hatte. Ein kalter Blitzstrahl schlug Ede Gerok- und Hölzer-straße im Restaurant zum Neudamm in den Turm, auf derselben Stelle wie vor zwei Jahren am Neudamm-Festplatz nach dem Feuerwerk. Im Garten des Koralkaules schlug der Blitz in eine große Pappel. Der fürchterliche und plötzlich auftretende Sturm hat besonders im Elbtal ein schaurig-schönes Schauspiel.

Gewerbegericht.

Das 15-jährige Arbeitermädchen Höhna suchte nach einem de-taloren gegangenem Groschen. Sie rückte zu diesem Zweck auch einen Tisch, über dem an der Wand ein Regal angebracht war, weg. Kaum hatte sie jedoch den Tisch von der Wand entfernt, ver-rückte das Regal seine horizontale Lage und auf der schiefen Ebene rutschten Tische und was sich sonst noch auf dem Regal befand, herab und zerbrachen. Schon der Schreck des jungen Mädchens war den verloren gegangenen Groschen nicht wert, aber das die Erde sollte noch nachkommen. Ihr Arbeitgeber, der Bismarckhändler Winkler, zog ihr für den entlassenen Schaden 5 M. vom Lohn ab und die Höhna gab auch dazu ihre Einwilligung. Ihre Eltern dachten jedoch anders darüber und beantragten sie, eine Klage wegen der 5 M. Lohnforderung anhängig zu machen. Auch berechtigten Ab-zügen schließt die Forderung auf 3,87 M. zusammen. Es wird fest-gestellt, daß das Mädchen keine Schuld an dem Unglück hat, denn das Regal war ursprünglich an der Wand angebracht und hing noch an dem einen Haken, während es mit der anderen Seite seinen Stütz-punkt auf dem Tische gefunden hatte. Diese Art der „Besichtigung“ konnte die Klägerin natürlich nicht vermissen. Aber auch ihr Ein-verständnis zu dem Bezug wird als unzulässig erklärt, weil sie erst 15 Jahre alt ist. Der Beklagte wird demzufolge zur Zahlung ver-urteilt.

Am die Sache kurz zu machen, gingen der Steinweghölle Reif- und der Baummeister Lehmann einen Vergleich ein, wonach der letztere dem ersteren 25 M. als Lohn ent-schädigung gab. Die Klage gegen E. wegen 170 M. Lohnminderung mit der Be-gründung, er sei gegen einen Stundenlohn von 65 Pf. für eine bis zum 9. September währende Arbeit engagiert, aber zuvor entlassen worden. Das Engagement befristet der Beklagte und macht geltend, der Kläger habe durch eigenhändige Namensunterschrift sein Ein-verständnis dazu gegeben, daß keine Kündigung stattfinde. Nach der Darstellung des Klägers hat ihm der Polizei ein Buch zur Unter-schrift vorgelegt. Er habe aber erklärt, keine Bedingungen eingesehen. Der Richter habe ihn aber dahin beruhigt, es seien keine Bedingungen, sondern nur die Bestätigung der Personalien. Weiter macht der Beklagte geltend, der Kläger habe bei der letzten Lohn-zahlung allgemein Verzicht auf alle weiteren Ansprüche geleistet, wohl aber schließlich zugeben, daß die Entlassung erst nach der Unter-schrift ausgesprochen wurde. Der Kläger glaubte, es handle sich nur um die übliche Quittung für den erhaltenen Lohn. Wäre es nicht zum Vergleich gekommen, hätte man den Polizei als Zeugen ver-nommen und der Beklagte hätte außerdem noch einen Eid leisten müssen. (Vorstand: Gewerbeberichter Weding, Arbeitgeberbeiführer: Kommerzienrat Rospiß und Staufenermeister Henjeler, Arbeiter-beiführer: Maschinist Bürger und Bauarbeiter Völscher.)

Aus den Vororten.

Döhlen. (Arbeiterzirkel.) In der hiesigen Glasfabrik ereignete sich gestern nachmittag in der dritten Stunde eine Gasexplosion, bei der drei Arbeiter, zwei schwer und einer leicht, verletzt wurden.

Röhlitzbroda. Wegen der Röhlitzbrodaer Fagelwiese, die vom 18. bis zum 20. August stattfindet, hat die Dampflokführergesellschaft für kommenden Sonntag folgende Sonderfahrten vorgesehnt: Vorm. 9, nachm. 1, 2, 30, 3 und 7,45 ab Dresden und nachm. 4,30 und 6,30 ab Cotta nach allen Stationen bis Röhlitzbroda und umgekehrt ab Röhlitzbroda nachm. 3,40 und 5,20 bis Cotta und nachm. 12,20 2, 6,20 7,35 und 9 bis Dresden.

Langebrück. (Arbeiterzirkel.) Am Dienstag kürzte ein Males-gebilde beim Antrreichen einer Villa von der Leiter und stieß mehrere Verletzungen. Er wurde nach dem Krankenpaus geschickt.

Veranstaltungskalender für Sonnabend.
Gruppe Kais-Redubitz. Abends 9 Uhr Versammlung im Gasthof zur Alten Koster, Leubnitz-Neustadt.
Gütersee. Abends 9 Uhr Volksversammlung im Gasthof zu Gierich.
Staufkauer. Abends 7 Uhr Versammlung im Volkshaus.

Neues aus aller Welt.

Dmitz, 15. August. In der Dynamitexplosion sind noch gemeldet: Zwei Fabrikationshändler sind abgebrannt, ebenso fünf kleinere Werkstätten, die zur Fabrik gehören. Bis 16 Patronen-mehrer sind zertrümmert, teilweise erplendet. Mittags war das Feuer gelöscht. Für die Stadt besteht keine Gefahr mehr, da der Wind sich gedreht hat. Infolgedessen wurden die Häuser wieder bezogen.

Dmitz, 15. August. Der Dynamitexplosion sind acht Menschenleben zum Opfer gefallen, außerdem sind acht Personen schwer, 50 leicht verletzt. Der Wind hat sich gedreht, so daß das Dynamitmagazin nicht mehr gefährdet ist.

Dmitz, 15. August, 7 Uhr abends. Bis jetzt sind 12 Leiden geboren. 40 Leichoverlepte sind festgestellt.

Dmitz, 15. August. (V. L.) Ueber die Explosionskatastrophe werden noch folgende Einzelheiten gemeldet: Die geborgenen Leichen sind teils verfault, teils faulig verfaulen. Nur ein 15-jähriger Junge ist schwer verletzt auf den Menggubden getretet worden. Ein merkwürdiger Zufall fügte es, daß der jetzige Direktor Wolmann gestern verhaftet wurde, doch soll die Verhaftung in keinem Zusammenhang mit der Explosion stehen, sondern lediglich wegen Ver-schulden erfolgt sein, die Wolmann in seiner früheren Tätigkeit bei der Dynamitfabrik in Witten sich angeeignet hat zuzuschreiben lassen.

Wittstock, 15. August. Während der praktischen Uebung einer Saporabteilung ereignete sich eine vorzeitige Patronenexplosion. Hierbei wurde ein Unteroffizier getötet und vier Mann verwundet.

Ustjereba (Ungarn), 15. August. Ein vom Gyemes kom-mender Zug entgleiste auf offener Strecke. Die Lokomotive und mehrere Wagen sind zertrümmert. Eine Person wurde getötet, drei andere wurden schwer, mehrere leicht verletzt.

Steinitz, 15. August. Im benachbarten Ruda wurde eine 100-litrische Leiche in einem Kartoffelfeld gefunden. Anscheinend liegt es Raubmord vor.

Stettin, 15. August. Die die Stettiner Abendpost aus Gollern meldet, er schon gestern Abend der 27-jährige Buchhalter Bernhard Kaul keine Geliebte, die Verkäuferin Hedwig Schulz, und dann ist selbst. Die Leiche der Tot ist in der Verweigerung der Eltern der Eltern zur ehelichen Verbindung des Paares zu suchen.

Gröschelau, 15. August. (V. L.) Ein Landwirt mit seiner Frau und fünf Kindern wurden auf dem Felde vom Blitz getroffen. Der Landwirt wurde erschlagen, die Frau sehr schwer verletzt. Die Kinder blieben unverletzt.

Frankfurt a. M., 15. August. (V. L.) Vor einigen Tagen hatte auf einer Automobiltour durch Rheinhesien der Frankfurter Chemiker Dr. Strieher auf Kinder getroffen und dabei ein Kind verletzt. Strieher wurde auf Veranlassung der Koblenzer Staats-anwaltschaft verhaftet.

Halle, 15. August. Bei Kruppenstedt prallte ein Automobil, dem ein Hund in die Steuerung sprang, gegen einen Baum. Die vier Insassen wurden herausgeschleudert. Eine Dame wurde schwer, zwei Herren leicht verletzt.

Trier, 15. August. Im Dorfe Weller bei Trier hatte der Lehres Hammes in seiner Wohnung einen kurzen, belampten Topfwechsel mit dem Heißbläser Belg, in dessen Verlauf dieser in den einen Schuh in die Stirn mit einem Dienstrevolver löste.

Danzig, 15. August. Bei der Feuerfeier für seine verlebte Mutter erschöpfte sich in der Reichenhölle des Diakonissenhauses der 34-jährige Glaser Sieg; er wollte seine Mutter, mit der er 16 Jahre zusammengelebt hatte, nicht überleben.

Wetterbericht von der Wetterkale an der Augustusbrücke am 16. August, mittags 12 Uhr.
Barometer: 748. Veränderlich.
Thermometer: + 14° R.
Thermometrogramm: Min. + 13, Max. + 14.
Hygrometer: 72%
Wasserstand: - 164. Wasserwärme: + 17.

Wetterprognose des Sächs. Meteorologischen Instituts zu Dresden für den 17. August:
Vorwiegend trübe mit Regenschauern, mäßige nordwestliche Winde, kühl.

Dresdner Polizeibericht vom 16. August.

Auf seinem Patronenmagazin beobachtet in der Nacht zum Donnerstag ein Genarm, wie sich in der Sandgrube am Fagelwiese ein in der Bismarckhändler wohnter 41-jähriger Gewerkschaftler erhängen wollte. Er eile hinzu, löste den Strick, mit dem er die Wanne bereits an einem Baum aufgehängt hatte, und brachte den Lebendigen zur Polizeiwache, von wo aus er früh durch die Polizei-kommission der hiesigen Zeit- und Abgangshaus geführt wurde. Nachher wurde er in die Bismarckhändler Wohnung gebracht, wo er sich nachher in der Bismarckhändler Wohnung aufhängen wollte. Er eile hinzu, löste den Strick, mit dem er die Wanne bereits an einem Baum aufgehängt hatte, und brachte den Lebendigen zur Polizeiwache, von wo aus er früh durch die Polizei-kommission der hiesigen Zeit- und Abgangshaus geführt wurde.

Am Montag nachmittag hat in Vorstadt Plauen durch das polizeiliche und unvorsichtige Fahren des Besitzers eines einstufigen Rollwagens ein schwerer Zusammenstoß desselben mit einem Ein-stufigen Fuhrwerk, wobei der letztere erheblich beschädigt, der Vorderreifen des Rollwagens aber total zertrümmert worden ist. Im Vorderreifen sind nur zwei durch Glasplitter gering an den Hüften verletzt worden, dagegen hat das Pferd des Rollwagens an beiden Hinterbeinen eine bis auf den Knochen gehende Rißwunde (sowie eine schwere Verletzung des Fesselgelenkes) erlitten.

Partei- und Gewerkschafts-genossen!

Wir bitten dringend darum, in erster Linie die Wirt zu unterstützen, die uns ihre Lokaltäten zur Verfügung stellen und die Sächsische Arbeiter-Zeitung auslegen. Gleichzeitig bitten wir darum, bei Einkäufen jene Geschäftsleute zu berücksichtigen, die die Sächsische Arbeiter-Zeitung halten und in derselben inserieren. Genossen! Benutzt auch bei allen Geschäftsleuten, die in der Sächsischen Arbeiter-Zeitung inserieren, darauf, daß ihr aus diesem Grunde euren Bedarf bei ihnen deckt. Das ist ein wertvolles Agitationsmittel.

Parteigenossen!
Erwerbt das Bürgerrecht!

Leben • Wissen • Kampf • Kumpf • Wappen

Unter dem Bild: **Partei- und Gewerkschafts-genossen!**
Wir bitten dringend darum, in erster Linie die Wirt zu unterstützen, die uns ihre Lokaltäten zur Verfügung stellen und die Sächsische Arbeiter-Zeitung auslegen. Gleichzeitig bitten wir darum, bei Einkäufen jene Geschäftsleute zu berücksichtigen, die die Sächsische Arbeiter-Zeitung halten und in derselben inserieren. Genossen! Benutzt auch bei allen Geschäftsleuten, die in der Sächsischen Arbeiter-Zeitung inserieren, darauf, daß ihr aus diesem Grunde euren Bedarf bei ihnen deckt. Das ist ein wertvolles Agitationsmittel.

2. Beilage der Sächsischen Arbeiter-Beitung.

Nr. 189.

Dresden, Freitag den 16. August 1907.

18. Jahrgang.

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1906.

III.

Die Finanzgebarung der Kartelle.

Die Einnahmen der Kartelle bestehen in erster Linie aus den festen Jahresbeiträgen, die mit geringen Ausnahmen alle Kartelle erheben, sowie aus den Ueberbüssen der beschriebenenartigen Unternehmungen. Von den 526 bestehenden Kartellen erheben 520 einen bestimmten Jahresbeitrag, der bei drei Kartellen noch nicht 10 Pf. pro Jahr beträgt und bei zwei Kartellen, Reitz, und dem an die Kartelle gestellten finanziellen Anforderungen genügen zu können, waren sie von Jahr zu Jahr gerindert, die Beiträge zu erhöhen, und ganz besonders sind diese in den letzten beiden Jahren gesunken.

Während 1902 der höchste Jahresbeitrag 1,20 M. betrug, fiel derselbe im Jahre 1905 auf 2,00 M., um 1906 die Höhe von 3 M. zu erreichen.

Mehr als 1,20 M. Jahresbeitrag erheben 37 Kartelle, und zwar Barmby und Straubing je 3 M., Kronach 2,40 M., Ansbach und Kolmar i. G. je 2,10 M., Viehrieh a. M. und Wundel je 2 M., Barock 1,90 M., Wesselsburg, Herlos, Rudra, Siegen und Weems je 1,80 M., Alena i. W., Kautz, Tuisburg, Jert i. S., Aemz, Gohelshausen, Wadenfeld und Plettenberg je 1,60 M., Spremberg 1,52 M., Wepetal 1,50 M., Krefeld und Senarich je 1,44 M., Bremerhaven, Guben, Königsherg i. Pr., Witten i. S., Rottorf und Soest je 1,40 M., Würzburg 1,30 M., Lübeck und Plozheim je 1,28 M., Jülich, Hochhausen und Offenbach a. M. je 1,24 M.

Zu diese Beitragsliste sind die, welche in einer Reihe von Kartellen für Arbeitersekretariate oder Auskunftsstellen besonders erhoben werden, eingerechnet. Diese besonderen Sekretariatbeiträge sind meistens viel höher als die Kartellbeiträge.

Es sind 77 Kartelle, die besondere Beiträge für bestehende oder erst zu errichtende Arbeitersekretariate und Auskunftsstellen erheben. In welcher Weise die Beitragshöhe seit 1901 geblieben ist, ergibt sich aus folgender Berechnung: 1901 hatten 41,4 Prozent der Kartelle einen Jahresbeitrag von höchstens 20 Pf., während 1906 nur noch 22 Prozent der Kartelle einen so niedrigen Beitrag erhoben. Der durchschnittliche Jahresbeitrag ist in diesem Zeitraum von 34,2 Pf. auf 55,2 Pf. gestiegen.

Jahr	Zahl der bestehenden Gewerkschaftskartelle	Davon hatten einen Jahresbeitrag von höchstens 20 Pf.	Prozent	Der durchschnittl. Jahresbeitrag betrug für alle Kartelle
1901	319	132	41,4	34,2
1902	365	145	39,8	35,8
1903	387	154	39,8	35,8
1904	405	137	33,9	40,7
1905	465	133	28,6	46,3
1906	526	116	22,0	55,2

Die Gesamteinnahmen der 507 Kartelle — 19 Kartelle haben darüber keine Angaben gemacht — im Jahre 1906 betragen 916 738

Es verausgabten für	1903		1904		1905		1906	
	Kartelle	Mark	Kartelle	Mark	Kartelle	Mark	Kartelle	Mark
Agitation	280	29 163	289	40 222	358	40 773	419	66 677
Arbeitersekretariate	134	9 856	192	24 560	175	18 787	185	22 374
Gewerkschaftsvereine	38	2 042	38	2 711	59	2 295	70	5 080
Herbergen und Arbeitsnachweise	21	10 058	17	8 919	38	10 348	51	5 263
Gewerkschaftshäuser und Versammlungshäuser	18	2 781	17	53 871	46	41 883	46	50 682
Auskunftsstellen, Bibliotheken und Verhältnisse	211	59 737	268	62 063	292	128 632	331	157 404
Streiks (aus der Kartellkasse)	222	60 870	217	43 976	204	34 077	214	27 919
Verwaltung: Gehälter, Miete, Verwaltungsmaterial, Zinsen usw.	315	66 652	299	89 246	381	85 391	408	121 077

Soziales.

Ein industrieller Riesenbetrieb.

Der zweite Teil des Jahresberichts der Chemischen Handelskammer enthält einige interessante Angaben über den Umfang der Betriebe der Altkemischwerke Friedrich Krupp. Danach waren auf der Hauptfabrik im Jahre 1906 in den etwa 60 Betrieben in Tätigkeit: circa 6500 Arbeiter und Arbeiterinnen, 21 Dampfmaschinen, 155 Dampfmaschinen von 100 bis 50 000 Kilogramm Fallgewicht mit zusammen 253 275 Kilogramm Fallgewicht, 21 Transmissionsmaschinen (Gesamtleistung), 74 hydraulische Pressen, darunter 2 Vierpressen je je 7000 Tonnen, 1 Schmelzpresse zu 5000 Tonnen und 1 zu 2000 Tonnen Druckkraft, 382 Dampfboiler, 539 Dampfmaschinen von 2 bis 3500 PS mit zusammen 59 059 PS, 1361 Elektromotoren von zusammen 20 226 PS, 725 Aggregate von 150 000 Kilogramm Fallgewicht. Die Betriebsleistung aus dem eigenen Jährling betrug im Jahre 1906 insgesamt 2 204 272 Tonnen. Der Gesamtverbrauch der Kruppischen Werke, soweit sie von der Gussstahlfabrik getrennt werden, betrug 1906 an Kohlen (ohne Eigenverbrauch der Werke) 1 285 810 Tonnen (davon verbrauchte die Gussstahlfabrik allein, d. h. ohne die für Dügel und ohne die zur Abgabe an Beamte und Arbeiter bestimmten Kohlen 813 155 Tonnen, an Holz 751 810 Tonnen, an Zement 23 531 Tonnen). Nach der Aufnahme vom 1. Januar 1907 betrug die Gesamtzahl der auf den Kruppischen Werken beschäftigten Personen einschließlich 5730 Beamten 64 354 (1. April 1906: 62 553 einschließlich 5055 Beamten). Von diesen entfielen auf die Gussstahlfabrik 17 000 mit den Zehntausenden 35 745 (35 377), das Gesamtwerk in Wuppertal 4768 (4403), die Germania-Werke in Kiel 3510 (3061), die Holzwerke 3302 (3864), die Eisenwerke 1638 (2823). Der Durchschnitt der auf der Gussstahlfabrik pro Kopf und Tag bezahlten Löhne betrug 1902 4,52 M., 1903 4,74 M., 1904 4,83 M., 1905 5,12 M., 1906 5,35 M. Diese Zahlen geben zugleich einen Überblick über die wirtschaftliche Macht, die der Reich des Kruppischen Riesenwerkes verleiht. In der Zahl der Beschäftigten ist das Werk noch dem vor zwei Jahren erfolgten Rückgang des Kruppischen Riesenwerkes wertlos. In der Zahl der Beschäftigten ist das Werk noch dem vor zwei Jahren erfolgten Rückgang des Kruppischen Riesenwerkes wertlos. In der Zahl der Beschäftigten ist das Werk noch dem vor zwei Jahren erfolgten Rückgang des Kruppischen Riesenwerkes wertlos.

jährliches Einkommen von 20 Millionen, eine Summe also, die größer ist als die Zölle des preussischen Reichs. Wirtschaftliche Macht bedeutet aber zugleich auch politische Macht. Die Verwaltung der Stadt Essen besteht zu einem bedeutenden Teil aus Beamten der Firma Krupp, die von dieser als der größten Steuerzahlerin hineingewählt werden.

Moderne Sklaverei in Mexiko.

ac. Einige bürgerliche Blätter von Mexiko bringen genaue Schilderungen von der Lage der arbeitenden Klasse in Mexiko, die an ruffische Zustände erinnern. Der mexikanische Landarbeiter ist Sklave im schärfsten Sinne des Wortes, er wird mit seiner ganzen Familie von einem Herrn an den anderen veräußert oder verkauft. Er darf die Grenzen des Gutes seines Herren nicht überschreiten, geschweige denn das, so wird er auf den Feldern geschlagen; bei der Arbeit fehlt der Arbeiter mit der Peitsche immer ihm. Nicht viel besser geht es den Fabrikarbeitern und Bergleuten; sie arbeiten zehn bis zwölf Stunden für einen Kopfgeld von 40 bis 75 Cents, die aber nur den halben Wert des amerikanischen Geldes haben. Die Arbeiter müssen für Essen reich bezahlten, haben keine Freizeit und sind unter beständiger Ueberwachung. Dazu unterliegen sie einem raffinierten Strahlen-System, jeder Augenblick der Ruhe wird mit Abzug von dem Stundenlohn bestraft. Selbstverständlich erhalten die armen Leute auch bei Gericht nie Recht. Den Lohn erhalten die Arbeiter noch nicht einmal in ihrem Geld, sondern in Gutscheinen, die nur in den Geschäften der Unternehmer gültig sind, wo ihnen natürlich um teures Geld schlechte Waren verabsolgt werden. Es wird den Leuten fast unmöglich gemacht, sich zu organisieren, da sie streng überwacht und wegen des leichten Verdachtes mit Gefängnis bestraft werden. So gehen natürlich auch die Streiks fast immer verloren. Als vor kurzem die Arbeiter in Veracruz mit ihren bescheidenen Forderungen in den Ausschuss traten (sie forderten dabei u. a. auch, Zeitungen, die ihre Rechte vertreten, lesen zu dürfen), marschierte das Militär auf und es fielen über 200 Arbeiter, Frauen, Kinder, Geistes Kranke und Soldaten zum Opfer und Hunderte schwanden noch gegenwärtig in den Gefängnissen von Mexiko. Es gibt in Mexiko keine Zeitungen, die Opposition machen oder die denartige Verhältnisse erzählen. Journalisten, die denartige Enthüllungen wollten, sind glattweg ermordet oder zum mindesten des Landes verwiesen worden. Auch Redner, die die Wahrheit sagen, sind in den Händen der Regierenden, und keine freie Presse ist zu finden in kurzer Zeit. Wenn einzelne Unternehmer die Löhne ihrer Arbeiter und die Arbeitsbedingungen zu verbessern suchen, interveniert die Regierung sofort. Aber noch dieser brutalen Unterdrückung und Gewalttätigkeiten, begünstigt auch hier die Arbeiterklasse sich zu regen. Das Verlangen nach Freiheit, das in jedem Menschen unlosbar schlummert, würgt sich vorerst nur in Verweigerungsausschreitungen. Der Widerstand gegen die Ausbeuter ist zunächst noch ein unorganisiert, regellos, aber auch für das mexikanische Proletariat wird die Zeit kommen, daß es bewußt und nach modernen Regeln den Kampf führen wird.

Die englische Großkauf-Gesellschaft hatte in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres 112 550 000 M. Umsatz gegen 102 565 500 M. in derselben Zeit des Vorjahres. Das Mehr in diesen drei Monaten betrug also nahezu 10 Millionen Mark. Die Produktionssteigerungen sind an dem Gesamtumsatz der drei Monate mit 26 125 250 M. beteiligt. Das sind 6 178 800 M. mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. — Es geht also auch in England mit den Konsumvereinen immer noch rapide vorwärts.

Wöchnerinnen-Unterstützung an uneheliche Mütter. Es ist seither von manchen Ortskrankenkassen bezahlt, vom Vater des unehelichen Kindes aber zurückgefordert worden. Der Vorstand der Pforzheimer Ortskrankenkasse hat nun vor längerer Zeit den Beschluß gefaßt, die an die Mutter eines unehelichen Kindes geleistete Wöchnerinnenunterstützung künftighin vom Vater des Kindes nicht mehr zurückzufordern. Das Vizepräsidentenamt hat jedoch diesen Beschluß als formell und materiell unzulässig beanstandet und dem Vorstand aufgegeben, auch weiterhin diese Gutsforderungen geltend zu machen. Hiergegen hat der Vorstand die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes in Karlsruhe angetreten. Dieser vertritt ebenfalls den Standpunkt, daß diese Gutsforderungen Vermögensbestandteile der Kasse seien und daher nicht ohne weiteres und allgemein aufgegeben werden dürften. Der Verwaltungsgerichtshof hat dabei aber doch ausgesprochen, daß der Vorstand berechtigt sei, von Fall zu Fall zu entscheiden, ob die Geltendmachung der Ansprüche erfolgen solle oder nicht. Er kann von einer Geltendmachung absehen, wenn nach gewissenhafter Prüfung anzunehmen ist, daß eine Verdrängung des einzelnen Erfordernisses voraussichtlich erfolglos oder mit unbilligen Härten für die uneheliche Wöchnerin verbunden sein würde.

Parteiangelegenheiten.

Nachrichten-Bureau.

Partei-Vorstand und Kontrollkommission werden dem Parteitag in Essen folgenden Antrag unterbreiten:

Organisation der Nachrichten-Bermittlung für die sozialdemokratische Partei.

§ 1.

Die Partei errichtet ein Nachrichten-Bureau, das seinen Sitz in Berlin hat.

§ 2.

Kauf der Bureau-Immobilien:

1. Herausgabe der Partei-Korrespondenz;
2. Erlangung wichtiger Nachrichten und Mitteilungen politischer, sozialer und wirtschaftlicher Natur zur Uebermittlung an die Parteipresse;
3. Sammlung geographischer und statistischer Materials, das für die Parteipresse von Wichtigkeit ist.

§ 3.

Zweck: Erlangung geographischer Nachrichten und Mitteilungen aus Deutschland und anderen Ländern in ein Berichtsdienstleistungen einzuwickeln. Ausgeschlossen von der Tätigkeit des Bureau ist die Abfassung von Artikeln und Zeitschriften, die die Selbstständigkeit und Selbsttätigkeit der Redaktionen zu beeinflussen.

§ 4.

Der Nachrichten-Bureau ist darauf zu organisieren, daß die Parteipresse in der vollen Höhe unterrichtet wird.

Inwieweit hierfür Telefon- und Telegraphengebühren erwachsen, haben die betreffenden Parteiklären diese Gebühren zu erstatten.

§ 5.

Die Unterhaltungskosten für den Nachrichten- und Mitteilungs-Bureau sind, mit Ausnahme der Kosten für die Partei-Korrespondenz, bezuglich auszubringen, daß die beteiligte Parteipresse nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit einen entsprechenden Teil zu leisten hat.

§ 6.

Die Einrichtungen für das Bureau, die Aufstellung der Redaktionen, der Berichtsdienstleistungen und des Hilfspersonals ist Sache des Parteivorstandes, dem zu diesem Zweck als Beirat fünf Redakteure der Parteipresse zur Seite stehen, die in allen das Nachrichten-Bureau betreffenden Angelegenheiten beratende und beschließende Stimmen haben. Ein Mitglied des Beirats kann nicht Angestellter bei dem Bureau sein.

§ 7.

So oft Angelegenheiten des Bureau zur Beratung kommen sollen, hat der Parteivorstand die Mitglieder des Beirats rechtzeitig mit Angabe der Tagesordnung zu dieser Sitzung einzuladen. In der Regel sollen diese Sitzungen alle drei Monate stattfinden.

§ 8.

Die in dem Bureau angestellten Redakteure haben das Recht, zu jeder Sitzung einen ihrer Kollegen als Vertreter mit beratender Stimme zu leihen.

Der Parteivorstand hat zu diesem Zweck die Redakteure rechtzeitig von einer stattfindenden Sitzung zu benachrichtigen.

§ 9.

Die Mitglieder des Beirats werden alljährlich durch die Parteileitung gewählt.

Da der Entwurf des Parteivorstandes natürlich der Öffentlichkeit unterbreitet werden ist, um ihn zu bekräftigen, so möchten wir uns erlauben, vor allem die Meinung auszusprechen, daß wir es für richtig halten, wenn die Einrichtung und Kontrolle eines derartigen Bureau der Parteipresse überlassen werden wäre. Eine solche sachliche Einrichtung muß unternommen werden nach viel besser funktionieren, wenn sie von den beteiligten Kreisen eingerichtet und verwaltet wird, als wenn sie von oben her zentralistisch verwaltet wird.

Die Veranlagung der Partei-Korrespondenz, die doch wesentlich andere Aufgaben zu erfüllen hat, mit diesem Nachrichten-Bureau für die Presse erscheint uns ganz und gar unangebracht. Gewiß ist es richtig, daß die Partei-Korrespondenz nicht den Erwartungen entspricht, die man bei deren Einrichtung daran geknüpft, durch eine Veranlagung mit einer ganz anderen Einrichtung dienenden Einrichtung wird das aber nicht besser, höchstens wird diese Einrichtung mit einem Ballast beladen, der deren Wirksamkeit beeinträchtigt und hindert.

Da der Parteitag sich zu dem Projekt zu befassen und endgültig darüber zu beschließen haben wird, ist zu erwarten, daß dort diejenigen, welche die Idee bei dem größten Teil der Parteipresse vorherrschend, genügend zum Ausdruck kommen werden.

Genosse Galzer erzieht uns um Aufnahme folgender Erklärung:

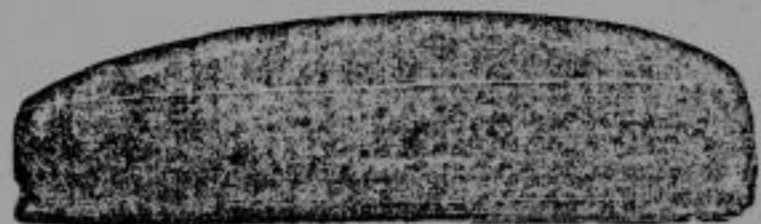
Der Parteivorstand und die Leipzig-Vollversammlung knüpfen an den Beschluß der Parteikonferenz des dritten deutsch-sächsischen Reichstages, von meiner Kandidatur fernhalten abzugeben, Folgerungen prinzipieller Art, ohne dabei zu merken, welches Akzeptanz sie damit der Partei ausstellen. Die Unzufriedenheit der Genossen des Reichstages mit meinen wahlrechtspolitischen Anschauungen ist allmählich überlaufen. Verheißung, daß von Unzufriedenheit in den ganzen 10 Jahren, die ich für den Reichstages kandidierte, bis etwa vor einem Jahre unter den Parteigenossen des Reichstages sich nicht das geringste äußerte. Dabei habe ich während der langen Zeit mit meinen Ansichten nie hinter dem Berge gehalten. Den Genossen des Reichstages waren meine Anschauungen vielmehr von jeher wohl bekannt, ohne daß es ihnen in den Sinn gekommen



Größtes Schuhlager
Dresdens

L. Neustadt

Hellauerstr. 31-33
Sirmaiser - Platz
Bischofs - Platz 6
Lugburgerstr. 22.



Garban Tin pfon

den billigen

Schweizerkäse

im

Schaufenster Webergasse 18

gesehen?

Von diesem Käse erhielt ich 1 Waggon, enthaltend 115 Zentner, und verkaufe denselben, solange der Vorrat reicht, zu dem äußerst billigen Preis von

84 Pfennig per Pfund

bei 5 Pfund 1 Pfund 82 Pf.
bei 10 Pfund 1 Pfund 80 Pf.

F. E. Krüger

Webergasse No. 18.

Telephon No. 1912.

Freier Versand nach allen Stadtteilen.

Robert Weber, Weingrosshandlung

35 Grossenhainerstrasse 35
empfiehlt Weiß-, Rot- und Südwine, Cognac usw., sowie Obst- und Beerentwine eigener Kelterei. — Heidelbeer- und Johannisbeertwein zu haben in den Verkaufsstellen der

Konsumvereine Vorwärts, Pieschen, Dahlen-Potschappel.
Vorteilhafte Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Restaur. Zur Brückenmühle, Glashütte
Empfehle den Genossen bei Ausflügen, Radtouren vorzügliche Speisen und Getränke, ff. hausgemachte Würst. Radfahrer-Station. Hochachtungsvoll Bernh. Wonneberger.

Restaur. Deutscher Krug, Mägeln
empfiehlt seine freundlichen Lokalitäten, besonders großes Vereinszimmer mit gutem Piano, allen Vereinen u. Gewerkschaften zur gefälligen Benutzung.
C. G. Mohr.

Café Reichshallen
Palmstrasse 13
Tag und Nacht geöffnet!

Morgen sowie ab. Sonnabend
Grosses Konzert.
Achtungsvoll Ernst Binder.

Soeben erschien:

Neue-Welt-Kalender

... 1908 ...

Preis: 40 Pf. Preis: 40 Pf.

Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung Gr. Zwingerstrasse 21.

Militärstiefel und Schuhe
Touristenstiefel, Bergsteiger,
verkauft Rich. Nicolai, Al. Kirchgasse.

Gebrauchte Fahrräder
billig zu verkaufen
Paul Mildner, Mägeln.

2 bessere Herrenanzüge, 6
Damen billig zu verkaufen
Ludwigstr. 17, 1.

Steinseker!

Sonntag den 18. August
nachmittags 2 Uhr

Versammlung
im Volkshaus, Köhler Str.

Müller's Reiztour.
18 Dypellstraße 18
Sonntag den 18. August, nachm.
3 Uhr

Sommerfest
bestehend in Konzert und
verschiedenen Belustigungen.
Für ff. Speisen, Getränke und
Leibgeb. Kuchen ist bestens gesorgt.
Dazu ladet ergebenst ein
Lina Müller.

Gasth. Zauckerode
Sonnabend den 17. August

Krauss' humor. Sängerk.
Freist.
Salon- und urkomisches Extrakt.
Es ladet ergebenst ein
Die Direktion.

Restaurant Eib-Terrasse
Klein-Zschachwitz
Sonnabend d. 17. August

Gross. Garten-Freikonzert
ausgeführt von der Groß-Zschach-
witzer Feuerwehrgesellschaft.
Es ladet hierzu ein
Emma v. Grosse.

Talschenke, Neuburgk.
Jeden Sonnabend

Grosses Konzert.
Restaurant Paulik
Sonnabend d. 17. August

Freikonzert
Es ladet ergebenst ein
Karl Paulik.

Mutterspritzen
Schwäbischen u. 1 W. m. Zeit-
binden und alle hygienischen
Frauenartikel.
Preisliste gratis. 15 Proz. Rabatt
Frau Heusinger
Am See 37
Ecke Dippoldswaldauerstr.

Ein Dampfkasten
billig zu verkaufen.
Dr. Hebbau, Ringstr. 5, 1.

Gedr. Federbetten
Federreinigung, Amalienstr. 12

Wohnung
best. aus Stud., Kammer u. Küche
per 1. Oktober für 100 Pf. zu verm.
Näheres Gohlfeldstr. 65, 1. E.

Steinholzfußboden-
Leger
werden angenommen
Steinholzwerk Eintracht
Bei Gohlfeldstr.

Karoline Fröh
nach kurzer Krankheit im Alter
von 14 Jahren 8 Monaten
gestorben ist.
Max Heberhard u. Frau
Kiefernstr. 3.

Die Beerdigung findet Son-
tag mittags 1/2 12 Uhr vor
St. Pauli-Friedhof aus statt.

Abonnement
Neben
Zwingerstr.
Nr.
gr. W.
die sich auf
verfassen.
Seitdem
des Kapitalis
International
International
siebzehnter
Arbeiterpartei
International
1889. Von
es ist die
und Arbeit
Von Kongress
in Paris, in
sechzigsten
Nichtjänner
die Solidarität
fest ihres St
aller Welt b
gaben fortgef
benannten W
Das
Blut. Es f
Ihre lauterst
konflikte auf
Toleranz. In
quilt eben
schon als G
Wenigkeit u
Der
überall erzeu
verhältnisse.
den neuzeitl
überall ent
die Menschen
beute fremde
kraft. Heber
die Arbeiter
die Gesundheit
Menschen zu
und Selbsth
der Kultur.
den Arbeiter
haben allen
Die
wagt ward,
hinausgreifen
Forderungen
anderen Vö
Lohn, so
Löhne der
Lohnarbeiter.
Arbeitszeit
vollständig die
längere Arb
tauert, daß